

Evangelische Sozialakademie
Archiv
Friedewald über Betzdorf/Sieg

BERLIN · JULI 1961 · 4L 4768 E

Die Mit- arbeit

Evangelische
Monatshefte
zur Gesellschaftspolitik

ZEHNTER JAHRGANG

INHALT

Freistil S. 337

B. Wellmann

X
GEW/SOP
X
CHW/ISOE/
SOK/GEW
X X

Die Vorteilsausgleichskasse ist tot! Es lebe der Vorteilsausgleich! . . . S. 338

„Christlich-sozial“ im weiten Feld der Meinungen

Friedrich Karrenberg: Warum wir uns mit „christlich-sozial“ beschäftigen S. 345

Hubert Jipp: Die andere Wiedervereinigung S. 348

Erwin Ortmann: Christlich-soziale Optik bei Pater Reichel S. 350

Sozialpolitischer Zeitspiegel S. 353

Die familienpolitische Glosse

Martin Donath: Spät kommt Ihr — doch Ihr kommt! S. 357

Informationen und Berichte

Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen S. 358

Das neue Buch S. 361

Leserstimmen S. 368

Die Predigt in die Zeit

Rundfunkansprache S. 370

Das Forum

X X
VEV/GEH/
SLO
X X
SOE

Lothar Wiedemann

Kirche und Verbände in der Gesellschaft S. 373

Johannes Doebling

Die Welt wird, was der Mensch ist S. 379

**Herausgegeben von Gerhard Heilfurth gemeinsam mit Paul Collmer, Johannes Doebling,
Martin Donath, Dietrich v. Oppen und Günther Schultz**

Die MITARBEIT veröffentlicht Beiträge zur gesellschaftspolitischen Situation und Entwicklung, insbesondere zur evangelischen Sozialarbeit und den verschiedenen Aktivitäten in ihrem Bereich. Sie ist zugleich Informationsorgan der Evangelischen Sozialakademie und der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen.

Verlag: Herbert Renner, Berlin-Grunewald, Königsallee 40 · Für die Schriftleitung verantwortlich: Günther Windschild · Anschrift der Schriftleitung: Friedewald über Betzdorf/Sieg, Evangelische Sozialakademie, Fernruf: Daaden 359 · Graphische Gestaltung: Rudi Wagner, Berlin · Die Zeitschrift ist Mitglied des Gemeinschaftswerks der Evangelischen Presse · Druck: Vorländer, Buchdruckerel, Siegener Zeitung, Siegen, Obergraben 39 · Annoncenexpedition Vorländer, Siegen, Obergraben 39, Telefon 4686 · Erscheinungsweise: einmal im Monat · Preis für das Einzelheft: DM 2,40 zuzüglich Zustellgebühren · Bestellungen bei jedem Postamt, beim Verlag Herbert Renner oder direkt bei der Schriftleitung · Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen · Die mit Namen gezeichneten Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber und der Schriftleitung wieder · Abdruck von Artikeln oder auszugsweise Veröffentlichung ist nur mit Genehmigung der Schriftleitung gestattet.

Herausgegeben von
Gerhard Heilfurth gemeinsam mit
Paul Collmer, Johannes Doebling,
Martin Donath, Dietrich v. Oppen
und Günther Schultz

10. Jahrgang · Juli 1961

Die Mit- arbeit

Freistil

Es gibt viele Menschen in Deutschland, die mit einer gewissen Wehmut an die ersten Nachkriegsjahre zurückdenken. Wir meinen damit nicht diejenigen, die aus der Erkenntnis, daß es uns heute besser geht als etwa 1948, den Schluß ziehen, die Menschen in der Bundesrepublik hätten die Not bereits vergessen und würden sich allein um ihre materielle Sicherheit kümmern. Das Gerede von der geistlosen, demoralisierten und nur auf materiellen Gewinn spekulierenden „Wohlstandsgesellschaft“ ist zumeist so unqualifiziert und undifferenziert, daß es sich kaum lohnt, ernsthaft darauf einzugehen. Hier ist von jenen Menschen die Rede, die durch die Erfahrungen und Erlebnisse der Nachkriegszeit in der Hoffnung bestärkt wurden, daß ein neuer Stil der geistigen Auseinandersetzung gefunden werden könnte. Die Hoffnung auf eine Wandlung des Denkens in Deutschland war um so mehr berechtigt, als der Schock über die nationalsozialistischen Verirrungen und Verbrechen tief in uns allen wirkte. Wolfgang Borcherts „Draußen vor der Tür“ und die DEFA-Filme „Die Mörder sind unter uns“ und „Ehe im Schatten“ sind einmalige Zeugnisse dieses tief greifenden Erschreckens. Zudem: die Konzentrationslager der Nazis hatten zuvor noch gravierende Unterschiede sozialer, politischer und weltanschaulicher Art so unwichtig werden lassen, daß nach dem Zusammenbruch eine Welle der Gemeinsamkeit deutsches Land überspülte.

An jene Zeit, an die gute alte Zeit des Willens zur Gemeinsamkeit, erinnert sich mancher mit Wehmut, wenn er heute, 15 Jahre danach, mit tiefer Resignation nur noch eine Bezeichnung für viele Ströme geistiger, politischer und sozialer Auseinandersetzung finden kann: Freistil — im wahrsten Sinn des Wortes. Die Versteifung der Fronten, die mit der materiellen Gesundung zumindest der Bundesrepublik einherging, ist beängstigend. Jeder meint, in jedem den Feind erblicken zu müssen, mit dem man „abrechnet“, den man „kalt stellt“, „abschießt“, „abwürgt“. Das Denken in Alternativen, im Gegensatz hat sich breit gemacht: Hier christlich — dort sozialistisch; hier evangelisch — dort katholisch; hier liberal — dort antiliberal; hier gewerkschaftlich — dort unternehmerisch; hier reich — dort arm. Diese Paarungen der Fronten könnten um unendlich viele Beispiele vermehrt werden. Das Katalog- und Schubfachdenken ist auf unheimliche Weise perfektioniert worden. „Du bist Christ?“ — „Dann darfst Du nicht Sozialist sein!“ oder: „Du bist Arbeiter?“ — „Dann mußt Du die Unternehmer hassen!“ oder: „Du willst die Gesellschaftsordnung, in der Du lebst, kritisieren?“ — „Dann mußt Du diese Ordnung und ihre Repräsentanten erst einmal anerkennen, denn nur sie erlauben Dir, daß Du frei reden kannst!“ Drei Beispiele für viele. Wenn wir so weitermachen, werden wir bald am Ende unserer demokratischen Weisheiten angelangt sein. Sollte die Weimarer Demokratie umsonst im Chaos verendet sein?

G. W.

Die Vorteilsausgleichskasse ist tot!

Es lebe der Vorteilsausgleich!

Von B. WELLMANN

Wir haben den von der Industriegewerkschaft Bau - Steine - Erden vorgeschlagenen Vorteilsausgleich zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und der Gewerkschaft nicht angehörenden Bauarbeitern zur Diskussion gestellt. Im Mai-Heft dieser Zeitschrift (S. 202 ff.) hat der Vorsitzende der Gewerkschaft, Georg Leber, seine Ansichten dargelegt. Seinem Beitrag folgt nun eine Stellungnahme aus dem Deutschen Industrieinstitut, der publizistischen Vertretung der industriellen Unternehmerschaft. Um weitere Artikel zum Problem des Vorteilsausgleichs sind wir bemüht.

„Der Vorschlag, eine Vorteilsausgleichskasse für das Bauhauptgewerbe zu gründen, ist zu den Akten gelegt. Die grundsätzliche Forderung aber ... steht nach wie vor auf der Tagesordnung“ (G. Leber, DIE MITARBEIT, Mai 1961, S. 206).

Angesichts seiner grundsätzlichen Bedeutung erscheint es erforderlich, den Plan eines Vorteilsausgleichs an dem konkreten Leber'schen Modell zu diskutieren, da zu vermuten ist, daß die von Leber noch zu erwartenden Vorschläge ähnliche Aspekte aufweisen werden.

Die nachfolgenden Betrachtungen sollen daher dem Zwecke dienen, durch eine Kritik des bisherigen Planes die

weitere Diskussion um andere Formen des Vorteilsausgleichs mit konkretem Material anzureichern.

Diese Diskussion darf nicht auf die IG Bau - Steine - Erden und die Arbeitgeberverbände der Bauindustrie beschränkt werden; denn der Solidaritätsbeitrag berührt über den Kreis der Sozialpartner hinaus einen jeden. Demgemäß erscheint es verfehlt, Zustimmung oder Ablehnung nur an dem Maßstab der juristischen Vereinbarkeit des Vorteilsausgleichs mit der geltenden Verfassung zu messen; denn das juristisch Mögliche kann ein gesellschaftspolitisches Novum sein, das die staatliche Grundordnung selbst in Frage stellt.

Die finanziellen Auswirkungen der Vorteilsausgleichskasse

Nach mehrfacher Änderung der Vorschläge hat die Industriegewerkschaft Bau - Steine - Erden am 2. Februar 1961 den Entwurf für die Satzung der Vorteilsausgleichskasse (VAK) vorgelegt.

Die VAK sollte lediglich für das Bauhauptgewerbe eingerichtet werden (1,2 Millionen Bauarbeiter), nicht dagegen für den gesamten Bereich, der in den Organisationsraum der IG Bau fällt. Mangels gewerkschaftlicher Angaben ist im folgenden unterstellt, daß die IG Bau im Bau-

hauptgewerbe allein ebenso wie im gesamten Bereich einen Organisationsgrad von 17,8 Prozent erreicht hat.

Zur Bestimmung der finanziellen Konsequenzen bedarf es zunächst der Feststellung der jährlichen Einnahmen der IG Bau. Den Berichten des Hauptvorstandes auf dem 5. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Bau - Steine - Erden (Januar 1959) zufolge erzielte die Gewerkschaft 1958 Gesamtbeitrags-einnahmen in Höhe von rund 25 Mio. DM¹⁾. Unter Berücksichtigung

¹⁾ Industrie-kurier, 27. 1. 1959, S. 1

der verschiedenen Lohnerhöhungen in den beiden vergangenen Jahren, die erfahrungsgemäß in den Beitragssätzen nicht sofort und nicht voll durchschlagen, dürfte ein Beitragsaufkommen für 1961 von 26 bis 27 Millionen DM realistisch sein. Beachtet man ferner, daß die Zahl der Arbeiter im Bauhauptgewerbe nur etwa die Hälfte der insgesamt im Bereich Bau - Steine - Erden Beschäftigten ausmacht, so ergibt sich — gleicher Organisationsgrad von 17,8 Prozent unterstellt — die Zahl von 216 000 Mitgliedern der IG Bau im Bauhauptgewerbe. Sie erbrachten bislang die Hälfte des Gesamtbeitrages, also ca. 13 Millionen DM.

Im Nachstehenden ist daher von folgenden Werten auszugehen:

Beschäftigte Arbeiter im Bauhauptgewerbe: 1,2 Millionen. Davon organisiert in der IG Bau 17,8 Prozent: 216 000; diese erbrachten bisher einen Beitrag von insgesamt: 13 Millionen DM.

Leber bezifferte das jährliche Aufkommen für die VAK mit 35 Millionen DM. Demgegenüber beträgt jedoch die gesamte Bruttolohnsumme im Bauhauptgewerbe 7,388 Milliarden DM (1960, einschließlich Saarland, ohne West-Berlin). Unter Berücksichtigung der Beiträge der Organisierten, die in Höhe von gut 13 Millionen DM durch die Kasse lediglich hindurchlaufen, betrügen die Einnahmen der VAK für das erste Rechnungsjahr (1. Juli 1961 bis 30. Juni 1962) rund 60 Millionen DM.

Erscheint diese Summe bereits beängstigend hoch, so ist sie noch bescheiden zu nennen gegenüber der Höhe der Solidaritätsbeiträge aller Arbeiter, falls das Beispiel der IG Bau von den anderen Gewerkschaften nachgeahmt werden sollte. Das Bruttolohneinkommen aus unselbständiger Arbeit betrug 1960 etwa 131 Milliarden DM (einschließlich Saarland, ohne West-Berlin). Der Anteil der Löhne hiervon dürfte in der Größenordnung von 100 Milliarden DM liegen. Setzt man den Anteil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gleich ein Drittel, ergäbe sich ein Gesamtaufkommen an Solidaritäts-

beiträgen von annähernd 600 bis 700 Millionen DM.

Schließlich bleibt der Behauptung Lebers zu widersprechen, die IG Bau wolle keine direkten Vorteile aus der VAK ziehen. Das Gegenteil ist richtig: Wenn man die Nichtorganisierten bislang als Nutznießer der Gewerkschaften bezeichnete, so würde man bei Realisierung der VAK die IG Bau Nutznießer der Nichtorganisierten nennen müssen. Dies ergibt sich aus folgendem: Bei Gesamteinnahmen der VAK von rund 60 Millionen DM entfallen auf die IG Bau (Organisationsgrad 1959 17,8 Prozent) in Form durchlaufender Beiträge jährlich ca. 13 Millionen DM: genau soviel, wie ihre Mitglieder im Bauhauptgewerbe insgesamt erbrachten — nicht gerechnet deren angeblich doppelt so hohe Belastung.

Die Zahl von 13 Millionen DM als Anteil der IG Bau beweist zugleich, daß diese Gewerkschaft statt der Gewerkschaftsbeiträge von angeblich 2 Prozent nur etwa 1 Prozent erzielte — dabei ist allerdings nicht berücksichtigt, daß sich die 13 Millionen DM von den Effektivlöhnen errechnen, die 13 Millionen DM des bisherigen Beitragsaufkommens dagegen von den Tariflöhnen.

Mehrfachen Hinweisen Lebers zufolge soll der Vorteilsausgleich der Nichtorganisierten nur die Hälfte des Gewerkschaftsbeitrages erreichen. Nimmt man Leber hier beim Wort, so müßte die IG Bau in Zukunft neben den 13 Millionen DM aus der VAK weitere mindestens 6,5 Millionen DM unmittelbar von ihren Mitgliedern erheben, wenn sie — unter Berücksichtigung einer 25prozentigen Spanne zwischen Tarif- und Effektivlöhnen — ihre Mitglieder zu einem Gesamtbeitrag von 2 Prozent der Tariflöhne heranziehen will. Angesichts dessen, daß eine Beitragssteigerung weder angekündigt ist noch realisierbar erscheint, bleibt hier die weitere Frage offen, wie die IG Bau ihrem Vorschlag entsprechen will, wonach die Belastung der Nichtorganisierten nur halb so hoch sein soll, wie die der Organisierten. Die IG Bau kann auch nicht etwa argumentieren, der Solidaritätsbeitrag solle

wie die gewerkschaftlichen Mitgliedsbeiträge nach den Tariflöhnen berechnet werden; denn in § 4 des Tarifvertragsentwurfs heißt es ausdrücklich:

„Den Bestimmungen (zum Abzug des Solidaritätsbeitrages vom Lohn) ist Rechnung getragen, wenn der Arbeitgeber für die Beitragsabführung die betriebliche löhnsteuerpflichtige Brutto-lohnsumme als Berechnungsgrundlage zugrunde legt.“

Diese Bestimmung ist im Zusammenhang zu sehen mit dem Versprechen, die Nichtorganisierten nur halb so hoch zu belasten wie die Mitglieder der IG Bau. Folgerichtig müßte die Gewerkschaft daher von ihnen im Bauhauptgewerbe beschäftigten Mit-

gliedern nicht nur 6,5, sondern weitere 13 Millionen DM über den Solidaritätsbeitrag hinaus verlangen.

Ausgehend von einer Gesamteinnahme aus Beiträgen von 25 Millionen DM im Jahre 1959, 1960 äußerstenfalls 27 Millionen DM, und unter Berücksichtigung dessen, daß nur die Hälfte ihrer Mitglieder im Bauhauptgewerbe beschäftigt ist, ergibt sich somit,

die Mitglieder der IG Bau im Bauhauptgewerbe leisteten bislang Beiträge in Höhe von insgesamt ca. 13 Millionen DM jährlich; künftig zahlen sie 13 Millionen DM auf dem Umwege über die VAK, weitere 13 Millionen DM müßte die Gewerkschaft direkt von ihnen einfordern.

Konsequenz: Beitragserhöhung auf das Doppelte!

Das Argument „Trittbrettfahrer“

Die im vorigen Abschnitt aufgezeigten finanziellen Konsequenzen des Vorteilsausgleichs stehen in einem bemerkenswerten Gegensatz zu dem von der IG Bau propagierten Motiv für die Einführung eines Solidaritätsbeitrages. Der — von der öffentlichen Meinung in einem gewissen Umfang anerkannte — Vorwurf gegenüber den Nichtorganisierten, sie seien als „Trittbrettfahrer“, „Schwarzfahrer“, „Schmarotzer“ Nutznießer der von den Gewerkschaftsmitgliedern unter großen persönlichen Opfern erkämpften Erfolge, hat in dem Leber'schen Vorschlag nicht nur eine außerordentlich einschneidende Antwort gefunden; das Argument selbst, wie zu zeigen sein wird, hält einer kritischen Überprüfung kaum stand.

Zu Recht ist mehrfach darauf hingewiesen worden, daß die „gewerkschaftlichen Erfolge“ weniger eine Macht- als eine Marktfrage sind: Nicht der gewerkschaftliche Druck, sondern die arbeitsmarktpolitischen Begleiterscheinungen der Hochkonjunktur haben dazu geführt, daß die Arbeitnehmer — Organisierte wie Nicht-

organisierte — sich an jährliche Lohnerhöhungen gewöhnt haben. Es ist nur zu verweisen auf die von den Gewerkschaften bekämpfte „Lohnschere“ zwischen den Effektiv- und den Tariflöhnen. Nicht die Gewerkschaften, sondern die Angst, Arbeitnehmer zu verlieren, zwang die Arbeitgeber, über ihre Verpflichtungen aus den Tarifverträgen hinauszugehen.

Darüber hinaus hat Goetz Briefs²⁾ in einer eingehenden Untersuchung darauf hingewiesen, daß die drei vorhandenen Quellen, aus denen eine Erhöhung der Reallöhne gewonnen werden kann, unabhängig von dem Wirken der Gewerkschaften fließen, nämlich:

- „wachsende Produktivität der Unternehmen,
- Unternehmensgewinne,
- Abwälzung auf den Verbraucher“.

BRIEFS: „Hier muß das grundsätzliche Mißverständnis behoben werden, daß die Gewerkschaft eine wertschöpferische Institution

²⁾ Prof. Dr. Goetz Briefs, FAZ 11. 2. 61, S. 5, „Solidaritätsbeitrag“.

sei, die durch den Einsatz ihrer Machtmittel höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten, verringerte Arbeitslast und sonstige Vorteile für die Arbeiterschaft sozusagen erzeuge . . . Aber die Gewerkschaft ist keine wertschöpfende Institution, ebensowenig wie das Kartell. Tarifverhandlungen und Tarifverträge gehen über den Charakter wertvermittelnder Einrichtungen nicht hinaus.“

Briefs weist im einzelnen nach, daß der Produktivitätszuwachs als Quelle höherer Löhne von allen Arbeitnehmern, organisiert oder nicht, geschaffen werde. Die Reingewinne der Unternehmungen böten keine gewerkschaftlich ausschöpfbaren Chancen in erheblichem Umfang. Auch die Gewerkschaften seien daran interessiert, daß die Unternehmungen Gewinne bildeten, schon um dem wichtigsten Verlangen aller Arbeitnehmer zu entsprechen, den Arbeitsplatz zu sichern. Briefs zitiert in diesem Zusammenhang den amerikanischen Gewerkschaftler Samuel Gompers, der dies drastisch wie folgt ausgedrückt habe: „Es ist das größte Verbrechen einer Firma, unrentabel zu sein, — ein Verbrechen an der Gewerkschaft!“

Das dritte Argument schließlich —

Abwälzung von Lohnerhöhungen durch den Preis auf den Verbraucher — setze unelastische Märkte voraus, die diese Preiserhöhungen zuließen. Überdies seien die betroffenen Verbraucher in ihrer Mehrzahl gerade die Arbeitnehmer.

Aber auch unabhängig von der wirtschaftlichen Betrachtungsweise bleibt darauf hinzuweisen, daß es integrierendes Merkmal eines jeden Vereins oder Verbandes ist, dessen Zweck die Förderung der allgemeinen Wohlfahrt ist (Rotes Kreuz, karitative Organisationen, gemeinnützige, berufliche und kulturelle Verbände), über den Kreis der Mitglieder hinaus für einen in der Regel unbestimmt großen Personenkreis zu wirken.

Was bleibt, ist demnach nicht mehr als ein sehr allgemeiner und vager Vorwurf moralischer Natur. Das bewußte Fernbleiben von einer Gewerkschaft aus materiellen Gründen ist im Ergebnis nicht anders zu beurteilen als das Fernbleiben von einer politischen Partei. Und der Vorwurf müßte demnach gegenüber beiden etwa lauten: Politische und demokratische Abstinenz, Desinteresse an den Verbänden, mangelnde staatsbürgerliche Mitarbeit — aber nicht mehr.

Sozialisierung der Bildung

60 Millionen DM umfaßte der Etat der VAK im ersten Rechnungsjahr. 60 Millionen DM sollten im wesentlichen für kulturelle, berufliche und soziale Zwecke im Interesse der Arbeiter des Bauhauptgewerbes jährlich verausgabt werden. Es ist schwer vorstellbar, wie dies innerhalb der von der Sache her gezogenen Grenzen ermöglicht werden soll. Die sehr vagen Satzungszwecke zeigen jedenfalls keine Wege auf, wie ein Kapital von dieser Größenordnung eingesetzt werden könnte. Ein Blick auf die Etats bereits bestehender Organisationen, die sich verwandte Aufgaben gesetzt haben, zeigt, daß mit der VAK etwas völlig Neues geschaffen werden sollte.

Unter Berücksichtigung der 600 bis 700 Millionen DM jährlich, die alle

Vorteilsausgleichskassen der DGB-Gewerkschaften einnahmen, wenn sie analoge Regelungen trafen, entsteht hier ein Großkapital, das für soziale und kulturelle Zwecke schlechterdings nicht mehr zu verplanen ist.

Noch größer jedoch scheint die Gefahr einer Sozialisierung der Bildung zu sein. Die objektiven, einer derartigen Kapitalsammelstelle wie der VAK immanenten Entwicklungstendenzen müssen zwangsläufig dazu führen, alle auf weltanschaulich und parteipolitisch neutrale Ziele gerichteten Vorsätze ins Wanken zu bringen. Das angesammelte Kapital verlangt nach seiner Anlage, und es wird sich diese Anlage um jeden Preis suchen. Besonders bedenklich stimmt der von Leber aufgestellte Katalog der Zwecke.

Ist schon unklar, was die „allgemeine“ und „gesellschaftliche“ Bildung der Bauarbeiter bezwecken soll — an Unterricht in gutem Benehmen und Erlernung der neuesten Modetänze dürfte dabei wohl nicht gedacht sein —, so steht es um die „staatspolitische“ Bildung nicht viel besser.

Hier bieten sich allerdings ganz offenbar breite Wirkungsmöglichkeiten; eine gewerkschaftlich gesteuerte und damit zwangsläufig partei- und sozialpolitisch nicht neutrale Einrichtung wie die VAK erscheint jedoch als organisatorischer Träger völlig ungeeignet. Im Falle der VAK im Bauhauptgewerbe ist zwar einzuräumen, daß sich die beherrschende Gewerkschaft, die IG Bau, vor Radikalismen jeder Art zu hüten trachtet, sich auch von umwälzenden wirtschaftlichen Neuordnungsplänen fernhält — die IG Bau strich in ihrer Satzung die Sozialisierungsforderung —, gleichwohl ist sie auf Grund der sozialistischen Bindung der Mehrzahl ihrer Funktionäre objektiv außerstande, etwa das sozialistische wie das christlich-soziale Gedankengut gleichwertig und mit schiedsrichterlicher Unvoreingenommenheit vermitteln zu lassen.

Selbst wenn man unterstellt, die IG Bau werde sich bereit finden, die staatspolitische Bildung in die Hände bereits bewährter Institutionen zu legen, ergäbe sich alleine aus den hohen finanziellen Zuschüssen der psychologische Druck, in wachsendem Umfang sozialistisches Ideengut zu vermitteln.

Diese Schwierigkeit macht deutlich, wo die eigentliche Problematik des der VAK von der IG Bau gestellten Bildungsauftrages läge: In der parteipolitischen Bindung der DGB-Gewerkschaften an die SPD. Diese Problematik wird dadurch verschärft, daß die von dem Bildungsauftrag Betroffenen, die Nichtorganisierten, einerseits der VAK ablehnend gegenüberstehen und schon um dessentwillen die erforderliche Bereitschaft zur Mitarbeit vermissen lassen werden, sie andererseits von jeder verantwortlichen Mitarbeit institutionell

ausgeschlossen sind. Zwang aber, dies ist eine gesicherte pädagogische Erkenntnis, ist ein schlechter Lehrmeister. Gerade in der Erwachsenenbildung — sei sie beruflicher, sei sie staatspolitischer Natur — ist die bereitwillige Mitarbeit unerläßliche Voraussetzung, da die Belastung durch die tägliche Arbeit so stark ist, daß für neue Aufgaben neue Antriebskräfte freigesetzt werden müssen.

Auch der Vorschlag großzügiger Stipendiengewährung an begabte Bauarbeiter, auf den ersten Blick überzeugend, ist nicht unbedenklich. Liegt die Gefahr bei der staatspolitischen Bildung bei der mangelnden Neutralität in der Auswahl des zu vermittelnden Bildungsgutes, so liegt sie hier in der Auswahl der kleinen Zahl derer, denen diese besonderen Bildungsmöglichkeiten eröffnet werden sollen. Es wäre menschlich nur zu sehr verständlich, wenn die Funktionäre der IG Bau, die bei der Auswahl geeigneter Arbeiter wohl ein entscheidendes Wort zu sprechen hätten, Männer ihrer „couleur“ bevorzugten.

Ein drittes Gefahrenmoment wird deutlich, wenn man sich die Auswirkungen vergegenwärtigt, die Forschungs-, Bildungs- und Entwicklungsaufträge aller Art zeitigten. Es könnte nicht ausbleiben, daß ein so potenter Geldgeber, wie die VAK es wäre, angesichts der Finanznöte des Wissenschafts- und Bildungsapparates in der Bundesrepublik einen starken Einfluß ausübte: auf die Ergebnisse der Aufträge wie auf die Auswahl der von Instituten und Universitäten dafür freizustellenden Mitarbeiter.

Im Ergebnis, ohne sich in Einzelheiten einzulassen, ist somit festzuhalten: Dem der VAK gestellten Bildungsauftrag begegnen im wesentlichen drei Bedenken:

- den Nichtorganisierten wird eine verantwortliche Mitarbeit verwehrt; seinen individuellen kulturpolitischen Auffassungen wird nicht Rechnung getragen,
- bei der Auswahl des zu vermittelnden Bildungsgutes droht eine partei- und kulturpolitische Einseitigkeit,

- sie droht desgleichen bei der Auswahl derjenigen, die in persona den Bildungs- bzw. Forschungsauftrag zu erfüllen haben.

Aus alledem folgt, daß die vorgeschlagene VAK im Hinblick auf ihre in der Satzung statuierten Zwecke eine

zentralistische, finanziell omnipotente, gewerkschaftlich gesteuerte, partei- und kulturpolitisch einseitige Bildungsbürokratie zu werden versprache.

Die Solidarität und ihr Preis

Wie dargelegt, wird der Nichtorganisierte weder als einzelner noch in der Gesamtheit um seine Zustimmung gefragt. Gesellschaftspolitisch ebenso bedenklich wie die Bildungsvorhaben der VAK sind jedoch auch die Pläne, Freizeit, Urlaub und Erholung des einzelnen zu fördern — und damit zu reglementieren.

In der bisherigen Diskussion des Solidaritätsbeitrages ist zutreffend wiederholt darauf hingewiesen worden, daß mit der Förderung von Urlaub und Erholung eine sozialistische „Beglückungspolitik“ nach dem Muster Orwells drohe. Der Hinweis auf die

„Deutsche Arbeitsfront“ und ihre KdF-Programme, wie auf die „sozialistischen“ Ferien in der Obhut des ostzonalen Gewerkschaftsbundes FDGB, vielfach gebracht, bietet sich an.

Nach den Erfahrungen aus der Hitler-Zeit dürfte auch in der Arbeiterschaft keine große Neigung bestehen, Urlaub und Freizeit kollektiv zu verbringen. Der Gedanke an VAK-Dampfer und VAK-Ferienheime, an VAK-Auslandsreisen und VAK-Freizeitheime beschwört nur negative Assoziationen herauf, deren erschreckendste dann wohl die Sorge um die Würde des einzelnen ist.

„Saturierte“ Gewerkschaften

In der Frage, welche Auswirkungen die Einrichtungen der VAK auf die IG Bau haben würden, ließe sich vordergründig argumentieren, es bleibe alles beim alten, da VAK und IG Bau völlig getrennte Einrichtungen seien. Die IG Bau würde, wie bisher, für die Verbesserung der sozialen Lage des Bauarbeiters kämpfen, die VAK werde sich allgemein anerkannten sozialen Zwecken zuwenden.

Dem ist jedoch entgegenzuhalten: Bewirkte die VAK eine erhebliche Steigerung des Organisationsgrades im Bauhauptgewerbe, und hierfür spricht vieles, so hätte sich damit die VAK als gesellschaftspolitisch nicht neutral herausgestellt; der Staat hätte durch eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung oder auf andere Weise in das pluralistische Gesellschaftsgefüge fördernd auf der einen Seite, hemmend auf der anderen Seite eingegriffen;

dann müßte er folgerichtig die staatlich geförderte Gewerkschaft auch einer staatlichen Kontrolle unterwerfen.

Wenn der Solidaritätsbeitrag die Gewerkschaftsmitgliederzahlen emporsteigen läßt, erweist sich der Solidaritätsbeitrag als indirekter, staatlich sanktionierter Zwangsbeitrag; denn das Ansteigen der Mitgliederzahlen ließe sich nur damit erklären, daß sich die neuen Mitglieder unter dem Druck des gewerkschaftlichen Angebots von Unterstützungsleistungen aller Art gegen einen, wie zu vermuten ist, rein formalen weiteren bescheidenen Beitrag zum Eintritt entschließen, da sie nur so Einwirkungsmöglichkeiten auf die VAK wie auf deren Beherrscherin: die IG Bau, erlangen können.

Wollen die Nichtorganisierten ihren Solidaritätsbeitrag nicht à fonds

perdu leisten, bleibt nur der Ausweg: Mitgliedschaft!

Ein Zwangsbeitrag aber erfordert nach rechtsstaatlichem Denken als Korrelat die (staatliche) Zwangsaufsicht.

Auch aus Gründen des sozialpolitischen Friedens wäre eine Kontrolle der Gewerkschaften unabweislich. Mit der Verfügungsmacht über einen Fonds, der jährlich mit 600 bis 700 Millionen DM gespeist wird, verfügten die DGB-Gewerkschaften über eine gesellschafts- und machtpolitische Position, die das instabile, immer wieder erneut auszubalancierende pluralistische Gefüge in der Bundesrepublik aus den Angeln höbe. Organische Machtverschiebungen zwischen den Verbänden mag der Staat tolerieren; durch ihn selbst verursachte Machtverschiebungen derartigen Ausmaßes

kann er ohne Zweifel nicht tolerieren. Als Ergebnis einer kritischen Würdigung der — überholten — Pläne zur Einrichtung einer Vorteilsausgleichskasse im Bauhauptgewerbe bleibt festzuhalten: die Motive rechtfertigen derart einschneidende gesellschaftspolitische Aktionen nicht; die sich aus der VAK ergebenden Gefahren für die Gesellschaftspolitik und das Verhältnis der Verbände zum Staat sind unabweisbar; die VAK löst das gewerkschaftliche Dilemma „Mitgliederstagnation“, wenn überhaupt, so in einer Weise, die in einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht akzeptiert werden kann.

Es ist zu hoffen, daß die neuesten Pläne der IG Bau - Steine - Erden weniger gravierende Eingriffe in die Freiheit des einzelnen wie der Gesamtheit aller zum Inhalt haben.

„Christlich-sozial“ im weiten Feld der Meinungen

Der Bericht von Günther Windschild über eine Tagung des Sozialethischen Ausschusses der Evangelischen Kirche im Rheinland in der Evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr („Christlich-sozial“ — ein Schritt zurück“, DIE MITARBEIT 5/1961, S. 207 ff.) hat Resonanz gefunden. Das ist u. E. ein Zeichen dafür, daß hier ein neuralgischer Punkt in den politischen und sozialen Auseinandersetzungen heute getroffen wurde. Die wesentlichen Beiträge, die uns zu dem Bericht über „Christlich-sozial“ zuziehen, legen wir hier vor.

Friedrich Karrenberg: Warum wir uns mit „Christlich-sozial“ beschäftigen

Im Maiheft 1961 der MITARBEIT ist über die Veranstaltung des Sozialethischen Ausschusses der Evangelischen Kirche im Rheinland „Christlich-sozial, liberal, sozialistisch“ und in diesem Zusammenhang auch über zwei Referate von mir berichtet worden. Ich habe in „Kirche in der Zeit“ (März, April, Mai 1961) noch ausführlicher, als es auf der Tagung in Mülheim möglich war, zu dem ganzen Fragenkomplex Stellung genommen.

Darf ich abschließend sagen, w a r u m wir uns mit dieser Sache so ausgiebig beschäftigt haben? Dann möchte ich ein mögliches Mißverständnis gern ausschalten.

1.

Wir beanstanden nicht, daß es überhaupt gesellschaftspolitische Fronten gibt. Wir haben Sinn für die Notwendigkeit gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen. Daß die Ansichten über das, was sein soll, unter den Menschen auseinandergehen — dieses Faktum muß noch nichts „Negatives“ sein. Wenn diese Auseinandersetzung sich die Findung des Guten oder des Besseren unter mehreren sich anbietenden Konzeptionen und Möglichkeiten zum Ziel setzt, kann man dafür

nur dankbar sein. Das kann ein — ich denke, darin stimmen wir überein — Zeichen dafür sein, daß Menschen nachdenken, daß sie sich Gedanken machen, daß sie sich nicht einfach der Wirklichkeit anpassen, egal wie sie aussieht, wenn die einzelnen und wenn die verschiedenen Gruppen nur einigermaßen dabei auf ihre Rechnung kommen. Ich sage, diese Auseinandersetzungen können gut und hilfreich sein. Wir haben Grund zu danken, daß wir solche Möglichkeiten geistiger Auseinandersetzung, verantwortungsvollen Mitdenkens, des Gefragtseins und der Mitverantwortung haben. Wünschen wir uns doch keinen Zustand herbei, in dem es diese freie Meinungsbildung — sie steht ohnehin auch im Westen auf schwachen Füßen — nicht mehr gibt, in dem man nicht mehr gefragt wird, in dem man nur noch ja zu dem sagen darf, was andere über einen beschlossen haben, in dem die verschiedenen Richtungen mundtot gemacht werden. Wie das ist, erleben wir doch seit langem. Dies kann keiner im Ernst wünschen, auch wenn er noch so viele Bedenken gegen den derzeitigen Zustand unserer jungen Demokratie hat. Aber solche Auseinandersetzungen sollten sachlich sein. Das aber sind sie weithin nicht.

2.

Man redet zwar davon, wir sollten „anspruchsvoller“ sein, aber man bezieht einen solchen Satz leider gar nicht auf sich selbst. Aber wir meinen: Einen solchen Satz müßte man als Christ doch wohl zunächst auf sich selbst beziehen. Man ist „anspruchsvoller“ im Blick auf die anderen. Man selbst ist ja offenbar ein für allemal im Besitz der einzig richtigen Einsichten, des christlichen Menschenbildes. Von daher werden dann (immer leicht ein bißchen von oben herab) an andere Leute Fragen gestellt, ob sie wohl auch soviel an rechter Erkenntnis besitzen „wie wir“.

Dem „humanistischen Ideal der Menschenwürde“ wird nachgesagt, es lasse sich historisch nachweisen, daß es ohne Bezug auf Gott versagt habe. Immer — die anderen! Als wenn wir Christen — was ja noch viel schlimmer ist, da wir es besser hätten wissen können — nicht versagt hätten, als wenn das nicht auch „historisch nachweisbar“ wäre. (Ich habe es an einer Stelle, an der Stellung zum Dritten Reich, ausgeführt. Aber man könnte das noch in vieler Hinsicht ergänzen.)

Dabei mag völlig offenbleiben, ob das christliche Menschenbild richtig beschrieben ist. Aber das Schreckliche ist doch der Besitzanspruch bei Dingen, die wir gar nicht haben, nicht haben können, weil wir selbst immer wieder die Gefragten, die Zurückgebliebenen, die Schuldiggebliebenen sind.

3.

Unsere Aufgabe sollte sein, unser Sinn für Zucht und Maß sollte sich darin zeigen, daß wir, frei von Ressentiments, der Sache dienen, daß wir uns in unserer Argumentation zur Sachlichkeit anhalten, erziehen und ermuntern.

Im Blick auf den Kölner Kongreß — aber was dort vorgetragen wurde, ist durchaus nicht einmalig, ist fast schon wieder symptomatisch — würde ich sagen: Es ist zu bedauern,

daß man dort nicht resoluter und präziser auf die liberalen und sozialistischen Konzeptionen eingegangen ist. Es kann sein, daß man das, was da gefordert und erstrebt wird, also z. B. die Forderung nach einer totalen Demokratisierung, als zu weitgehend oder als undurchführbar — oder was weiß ich weshalb — ablehnt.

Es gibt sicher Dinge, die man kritisch beurteilen kann. Es ist nur schade, daß man das nicht präziser bis in die Begründung hinein getan hat. Was hier vorgelegt wurde, ist schlechterdings unbefriedigend und entspricht nicht dem Stand der Diskussion, jedenfalls nicht im Bereich der evangelischen Soziallehre.

4.

Und noch etwas geht nicht. Ich hoffe, Sie haben gemerkt, wie oft in den Auseinandersetzungen den anderen Dinge nachgesagt werden, die sie so gar nicht mehr vertreten, wie oft sie bei Positionen behaftet werden, die sie längst geräumt haben. Das ist im privaten Leben schon eine böse Sache. Luther hat in der Erklärung zum achten Gebot auf die Frage „Was ist das“ ganz simpel die Antwort gegeben: Wir sollten unseren Nächsten nicht bösen Leumund machen, sondern — Sie wissen es — „Gutes von ihm reden und alles zum besten kehren“; dann fügt er im Großen Katechismus von 1529 hinzu „Ehre und Glimpf“ — Ehre und guter Ruf — des Nächsten (er sei Freund oder Feind, schreibt Luther) ist bald genommen, aber nicht bald wiedergegeben.

Das ist im politischen Leben schwer? Nun ja, wer sagt denn, daß wir's als Christen leicht haben, leicht haben sollen?

5.

Und endlich: Ich sagte, es sei wenig wahrscheinlich, daß man, wenn davon nichts deutlich wird, viele nachdenkliche Menschen überzeugt und gewinnt.

Und das will man doch. Das soll

man auch. Ein Knecht des Herrn, sagt Paulus, soll nicht streiten, sondern freundlich sein gegen jedermann, darauf bedacht sein, andere zu belehren, bereit, auch einmal etwas einzustecken, bemüht darum, andere, sogar Gegner, in Milde zu erziehen. Das entspricht — wir erleben es in diesen Monaten wieder — nicht dem gängigen Stil der Politik, an den wir uns gewöhnt haben. Ich weiß das. Das ist politisch oft unbequem. Aber das Leben der Christen ist ja nie bequem. Wenn es uns aber ernst ist mit dem Christsein, warum ist man nicht gerechter gegen andere, etwas weniger darauf bedacht, den Splitter beim anderen zu finden, etwas kritischer gegen sich selbst? Das würde das Gespräch in jedem Fall erheblich erleichtern. Auf dieses Gespräch aber sind wir angewiesen. Von dieser selbstkritischen Gesinnung, von dieser Bereitschaft, auf den anderen zu hören, von der Offenheit, mit dem das Gespräch um diese Fragen heute in der christlichen Sozialethik, wie es in Sonderheit in der Ökumene geführt wird, geführt werden muß, ist leider oft so entsetzlich wenig zu spüren.

6.

Wir meinen aber, wir hätten nicht nur zuviel hinter uns, zuviel „durchgemacht“, als daß wir uns diese unkritische Art noch lange leisten können. Wir meinen vor allen Dingen, unsere Lage, unser aller Lage sei viel zu ernst. Es gibt eine Macht, die ist froh darüber, wenn der sogenannte Westen sich auseinanderredet, auseinanderlebt. Wir könnten an sich durch das Schicksal der Weimarer Republik gewarnt sein. Aber es ist offenbar für viele schwierig, aus der Geschichte zu lernen.

7.

Meine Ausführungen hatten an manchen Stellen eine kritische Note. Ich bitte, diese Kritik zu nehmen, wie sie gemeint ist. Sie ist nicht bestimmt von einer Freude an der Kritik. Sie ist auch nicht aus antikatholischen Aversionen entstanden; abgesehen davon, daß es katholische Christen gibt, die in diesen Fragen ganz ähnlich urteilen, bestehen nachweislich gerade auf dem Gebiet der Sozialethik mancherlei Berührungspunkte.

Was ich kritisch gesagt habe, möchte als Hilfe verstanden werden, so wie ein Bruder den anderen auf Fehler aufmerksam macht, wenn er solche Fehler meint erkennen zu können — Fehler, die seiner Meinung nach eine Verständigung unnötig erschweren, wodurch möglicherweise von vornherein wieder Türen zugeschlagen werden, die um der gemeinsamen Aufgabe willen so lange als irgendmöglich offenbleiben sollten. Ich sage „wieder“; denn es ist ja nicht das erste Mal.

Das ist das Motiv, das ist der Grund, weshalb wir uns in dieser Sache überhaupt zu Wort gemeldet haben. Wir glauben, die Aufgaben, vor denen wir stehen, sind nur noch durch ein ungewöhnliches Maß an diszipliniertem Denken einigermaßen ordentlich zu lösen, durch eine Art des Denkens, das nichts verschleiert, aber umgekehrt auch jede Chance einer Verständigung wahrnimmt und nicht alle möglichen — dabei offensichtlich zum Teil höchst schwachen — Argumente sucht, um sich von anderen abzusetzen.

Es gibt eine Lust zu kritisieren, eine Lust, sich von anderen abzusetzen, Gegensätze aufzureißen, die auf einer Unbereitschaft beruhen, wirklich auf den anderen zu hören. Dies ist nicht gut. Und dies sollte nicht sein. Das sollten wir uns abgewöhnen.

Hubert Jipp: Die andere Wiedervereinigung

Mit heißem Herzen ersehnen wir alle in den deutschen Landen die Wiedervereinigung unseres zerrissenen Vaterlandes. Jakob Kaiser, einer ihrer unermüdlichsten Vorkämpfer, hat sie nicht mehr erleben können. Noch immer nicht ist der Tag in Aussicht, an dem die Hindernisse fallen, die diesem Ziel im Wege stehen.

Es gibt noch eine andere Wiedervereinigung, die auch Jakob Kaisers großes Anliegen war: die Wiedervereinigung auf gewerkschaftlichem Gebiet. Es war wohl keiner, der mehr

als Jakob Kaiser auch diese innerdeutsche Zerrissenheit schmerzlich empfunden hat, er, der einer der Initiatoren der deutschen Einheitsgewerkschaften gewesen ist. Es war gewiß nicht seine Schuld, daß diese Gemeinschaft der Arbeitnehmerschaft, tief zu beklagen, vor jetzt etwa sechs Jahren zerbrochen ist. Bei allseits gutem Willen sollte es noch möglich sein, diese innerdeutsche Zwietracht auszurotten, ehe die feindlichen Fronten sich völlig verhärten, ehe die Verständigung unmöglich wird.

Ein antikatholischer Komplex

Zu dieser Mahnung wird man bestärkt, wenn man in der MITARBEIT (Maiheft 1961) liest, was Günther Windschild über eine Veranstaltung in der Evangelischen Akademie in Mülheim schreibt, die sich mit der Frage christlich-sozialer Politik befaßt hat. Schon die Überschrift der Abhandlung „Christlich-sozial — ein Schritt zurück“ läßt aufhorchen.

Mit Schlagworten wie: „Ein Schritt zurück ins 19. Jahrhundert“, „Statt Christianisierung — Verantwortliche Gesellschaft“ wendet sich Windschild gegen „christliche Blockbildung“, die gleichbedeutend mit christlicher Isolierung sei, verbunden mit christlicher Überheblichkeit, die nur zur Diffamierung politischer Bestrebungen führen könne. Ihm ist es offenbar ein Ärgernis, daß dem 1960 gebildeten „Ständigen Ausschuß der Christlich-sozialen Arbeitnehmerkongresse“ später auch der Christliche Gewerkschaftsbund (CGB) beigetreten ist. Daraus folgert

Windschild, daß die Mitgliedschaft der Christlichen Gewerkschaft dem „Ständigen Ausschuß“ ein für allemal das Gespräch mit den Gewerkschaften des DGB verbiete und er fährt fort: „Der DGB lehnt jede Zusammenarbeit, ja jeden Kontakt mit dem CGB kategorisch ab. Tatsächlich gibt es auch keine Plattform für solche Kontakte, nachdem die Initiatoren des CGB ihre Organisation als Kampffront gegen den DGB verstehen.“ Aus dem Bericht Windschilds erkennt man einen auch sonst beobachteten antikatholischen Komplex, sobald in seinen Kreisen von gewerkschaftlichen Problemen die Rede ist.

Wäre es, so ist zu fragen, „der Sache wegen“, die nach Windschild im Vordergrund stehen sollte, nicht angebracht, nun mit nach Wegen zu suchen, um die vermeintliche „christliche Isolierung“ zu verhindern und „um der Menschheit willen Frontstellungen abzubauen“?

Das Wort von der Versöhnung

Es gibt dafür Möglichkeiten, wenn sie nur allseits ernstlich angepackt werden. Dazu gehört, daß man nicht einer Seite allein die Schuld an der gewerkschaftlichen Spaltung andichten kann,

sondern sich der tieferen Ursachen erinnert, die zu dieser Spaltung geführt haben, und nach Wegen sucht, sie zu überwinden. Das Wort von der Versöhnung hat doch bei Christen

einen guten Klang. Sollten wir Evangelischen nicht in diesem Sinne auch hier zu wirken unsere größere Aufgabe sehen, als über „rückständige christlich-soziale Begriffe“ zu polemisieren?

Der Bundesvorstand des DGB hat in der WELT DER ARBEIT aus Anlaß des Todes Jakob Kaisers mit hoch anerkennenden Worten dessen Verdienste gewürdigt, die er sich im Kampf gegen Diktaturen, für die Wiedervereinigung Deutschlands, nicht zuletzt auch um die Schaffung und Erhaltung der Einheitsgewerkschaften erworben habe. Mit Recht! Vergessen hat man dabei wohl auch nicht, daß Jakob Kaiser es war, der gemeinsam mit dem ebenfalls unvergeßlichen Karl Arnold nach dem Bundestagswahlkampf 1953 die Initiative zu jener Aktion ergriff, die eine Sicherung des DGB gegen parteipolitische Einseitigkeiten zum Ziel hatte. Damals empörte man sich in den Gewerkschaften über diesen Vorstoß und unterschob Jakob Kaiser, Karl Arnold und den weiteren Unterzeichnern jenes Briefes gemeine Spaltungsabsichten. Wie ernst aber rang gerade Jakob Kaiser um die Erhaltung der gewerkschaftlichen Einheit und nicht minder Karl Arnold! Daß man jenes Schreiben, etwas schroff formuliert, wie es Jakob Kaisers freimütig-offene Art war, so sehr mißdeutete,

hat ihn damals schwer betroffen. Und doch wird es für ihn eine Freude gewesen sein, wie kurz darauf in Essen eine vom DGB-Bundesvorstand einberufene Konferenz von etwa 500 haupt- und ehrenamtlichen Funktionären des DGB christlicher Herkunft mit etwas anderen Worten fast genau dieselben Wünsche zu Papier brachte, die Einsetzung eines Arbeitsausschusses forderte und eine Kommission bestimmte, die mit den führenden Körperschaften des DGB über die für notwendig erkannte innerorganisatorische Neuordnung der Einheitsgewerkschaften verhandeln sollte. Die WELT DER ARBEIT hat diese Vorhaben damals als höchst wertvoll begrüßt.

Und was geschah darauf? Nichts!

Hätte man diesen Willen einer so großen innergewerkschaftlichen Konferenz respektiert und sich an den Verhandlungstisch gesetzt, so wäre, das kann man wohl behaupten, die zwei Jahre später von enttäuschten und verbitterten Kollegen zum Leidenwesen der Kreise um Jakob Kaiser doch noch vollzogene Gründung der Christlichen Gewerkschaften sicherlich verhindert worden. Das sind Tatsachen, deren man sich erinnern muß, wenn man jetzt, wie Windschild, von „christlicher Blockbildung“ spricht und von christlicher Isolierung.

Auch in der Einheitsgewerkschaft echte Demokratie pflegen

Auch in der Einheitsgewerkschaft sollte echte Demokratie gepflegt werden. Dazu gehört, daß Meinungsgruppen zugelassen werden, wie sie Jakob Kaiser und seinem Kreis vorschwebten und wie sie, in Erinnerung an jenen „Essener Auftrag“ der Konferenz der 500, jahrelang die „Christlich-soziale Kollegenschaft im DGB“ immer wieder anempfahl. Was sich im benachbarten Österreich seit vielen Jahren offenbar bewährt hat, sollte so oder abgewandelt auch bei uns möglich sein. Wenn im Deutschen Gewerkschaftsbund nur etwa ein Drittel der Arbeit-

nehmer organisiert ist gegenüber angeblich zwei Dritteln im österreichischen, dann dürfte man mit Recht auf eine erheblich größere Anziehungskraft des DGB schließen, wenn er sich zu einer wirklich echten Einheitsgewerkschaft entwickeln würde.

Jakob Kaiser ist nicht mehr. Nicht tot aber ist die Idee, für die er schon in der Hitlerzeit einer ihrer selbstlosesten Vorkämpfer war und zeit lebens geblieben ist. Mögen ebenso selbstlose Männer es unternehmen, die Idee, in ihren Anfängen stecken geblieben, zu vollenden.

Erwin Ortmann: Christlich-soziale Optik bei Pater Reichel

Anfang Mai dieses Jahres lud der Sozialethische Ausschuß der Evangelischen Kirche im Rheinland zu einem Gespräch ein, das zur Klärung der Begriffe „christlich-sozial“, „liberal“ und „sozialistisch“ veranlassen sollte. Der Bericht des Redakteurs dieser Zeitschrift über dieses Gespräch fand große Zustimmung, aber auch heftigste Ablehnung. Ein Zeichen, wie die noch vor wenigen Jahrzehnten so festen Begriffe heute unklare Konturen haben

und wie ihre Deutungen differieren. Die Evangelischen Akademien bemühen sich seit dem Kriegsende in zunehmendem Maße darum, die Zeichen der Zeit zu erkennen und Gesprächsforum für die verschiedensten Volksschichten zu sein. Notwendigerweise gehört zu dieser Aufgabe auch die Klärung überkommener Begriffe, die unseren Vätern viel bedeuteten, so auch Tradition und Aussagekraft des Wortes „christlich-sozial“.

Die Gefahr christlich-sozialer Fraktionsbildung

1958 lud die Evangelische Sozialakademie in Friedewald zu einer Tagung für Gewerkschaftssekretäre ein; auch hier wurde darüber diskutiert, was eigentlich „christlich-sozial“ heute heiße. Wichtige Teilnehmer waren Mitglieder der „Christlich-sozialen Kollegenschaft im DGB“, einer Gruppe vorwiegend katholischer DGB-Mitglieder unter geistiger und geistlicher Führung des Jesuitenpaters Dr. Herbert Reichel. In ihm trat und tritt uns jenes Element von „christlich-sozial“ entgegen, das Bischof Korum von Trier um die Jahrhundertwende so kennzeichnete:

„Auch wenn die Gewerkschaften nur katholische Mitglieder aufweisen, die Leitung aber einem Arbeiter zuwiesen, müssen wir sie bekämpfen. Alles kommt darauf an, daß die Geistlichen die katholischen Arbeiter in der Hand behalten.“

Das Schicksal der Kollegenschaft, die „christlich-soziales“ Gedankengut in den Gewerkschaften des DGB zum Tragen bringen wollte, hat sich unter Führung Dr. Reichels so erfüllt, wie aufmerksame Beobachter es vor Jahren schon voraussagten. So sagt Prof. Dr. von Nell-Breuning S. J. im 3. Band seines Werkes „Wirtschaft und Gesellschaft heute“ zur Situation der Kollegenschaft:

„Die besondere Schwierigkeit für die Arbeit der Christlich-sozialen Kollegenschaft liegt darin, daß sie einerseits genügend inneren Zusammenhalt haben muß, um schlagkräftig zu sein, andererseits nicht zur ‚Fraktion‘ innerhalb der Einheitsgewerkschaft werden darf, wodurch sie sich im Ergebnis außerhalb der Einheitsgewerkschaft stellen und allen Einflusses berauben würde.“

Die Mehlemer Beschlüsse des Zentralausschusses der Kollegenschaft im Herbst 1960 brachten eine längst fällige Klärung, sie bestätigten aber auch die Befürchtungen von Prof. von Nell-Breuning. Jene Gruppe innerhalb der Kollegenschaft, der eine Zusammenarbeit mit Pater Reichel nicht mehr möglich erschien, weil Reichel offenbar den Weg „christlicher Fraktionsbildung“ im DGB beschritt, zog unter der Führung des CDU-Bundestagsabgeordneten August Weimer — der gleichzeitig Mitglied des Hauptvorstandes der IG Bau - Steine - Erden ist — aus dem ZA aus. Damit wiederholte sich zum letzten Male ein Vorgang, der seit dem Bestehen der Kollegenschaft immer wieder zu beobachten war: Profilierte Arbeitnehmer und Gewerkschaftsfunktionäre in den Führungsgremien scheiden aus, nachdem eine Zusammenarbeit mit Pater Reichel auf

der Basis sachlicher Gewerkschaftspolitik unmöglich wird.

Seit dem Mehlemer Beschluß der Restkollegenschaft, auf den Namenszusatz „im DGB“ zu verzichten, fahren Dr. Reichel und seine beiden Helfer Leo Schütze und Heinrich Josef Ehlert mit der Parole durch die deutschen Lande: „Der DGB ist antichristlich!“ Schärfste Angriffe werden vor allem gegen Katholiken vorgetragen, die hauptamtlich in DGB-Gewerkschaften tätig sind. Der Aktionsradius dieser Reisen (wer finanziert sie?) erstreckt

sich zwischen Lübeck und Freiburg, Schwerpunkte sind rheinisch-westfälische Gebiete und der Westerwald. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß ein großes Treiben katholischer Kräfte gegen die Einheitsgewerkschaft eingesetzt hat. Die besondere Tragik dieser Entwicklung liegt darin, daß sie einerseits durch Ungeschicklichkeiten und auch schwerwiegende Fehlbeurteilungen im DGB selbst begünstigt wurde, daß andererseits so entschiedene Vorkämpfer der Einheitsgewerkschaft wie Jakob Kaiser und Karl Arnold nicht mehr leben.

Die evangelische Position

Warum beschäftigen wir uns so eingehend mit Absicht und Arbeit Pater Reichels, warum halten wir an der Einheitsgewerkschaft fest, warum läßt uns dieses „christlich-sozial“ nicht zur Ruhe kommen?

- Der evangelische Christ versteht das Evangelium nicht als Auftrag, die Gesellschaft auf ein bestimmtes christliches oder gar evangelisches Ordnungsbild hin neu zu strukturieren.
- Für den evangelischen Christen sind Glaube und gesellschaftliches Verhalten nicht voneinander zu trennen. Das eine bedingt das andere. Ihre richtige Zuordnung ist nicht etwa Sache der kirchlichen Synoden, sondern muß in der gesellschaftspolitischen Praxis evangelischer Christen und ihrer Gruppen gefunden werden.
- Der evangelische Christ wird als Mitglied eines gesellschaftlichen Verbandes nicht untätig zusehen, wenn die Interessen einseitig absolut gesetzt werden und die außerhalb des Verbandes Stehenden nur noch Feinde sein sollen.
- Der evangelische Christ strebt die sachgerechte Diskussion und Auseinandersetzung an. Dazu gehört z. B., daß er sich von einem Gewerkschaftsfunktionär, der nicht

Mitglied seiner Kirche ist, genauso vertreten lassen kann wie von einem Funktionär, der kirchlich gebunden ist.

- Hat der evangelische Christ für eine Auseinandersetzung zu wenig Sachkenntnis oder zu schwache Argumente maßt er sich nicht Entscheidungsbefugnisse mit dem Hinweis auf sein Gewissen an.
- Die oft selbstverständliche Ansicht, das Naturrecht und die Soziallehre der katholischen Kirche als verbindliche Norm für soziale Verhaltensweisen anzuerkennen, kann der evangelische Christ nicht akzeptieren. Für ihn ist Gott ein Gott der Geschichte, der sich in der Menschwerdung Christi geoffenbart hat und der den Menschen die Freiheit gibt, neue Traditionen zu setzen.
- Die jahrzehntealten Bemühungen um die Einheitsgewerkschaft in Deutschland sind der Versuch, eine solche neue Tradition zu setzen. Zehn Jahre Deutscher Gewerkschaftsbund sind zu wenig, um endgültig beurteilen zu können, ob dieser großartige Versuch geglückt ist.
- Der evangelische Christ kann grundsätzlich in allen demokratischen Verbänden und Parteien der Bundesrepublik mitarbeiten.

Die kon-konfessionelle Zusammenarbeit

Was hier vor allem auf die Situation der Gewerkschaften formuliert wurde, gilt auch für die politische Zusammenarbeit evangelischer und katholischer Christen. Auch hier setzte nach dem Kriege der Versuch ein, neue Tradition zu begründen. Auch hier sind in den letzten Jahren viele ungeduldig geworden.

Pater Reichel ist vorzuwerfen, daß er die fruchtbaren Ansätze kon-konfessioneller Zusammenarbeit der Nachkriegszeit mit seinem Verhalten und seiner Praxis aufs schwerste gefährdet. Der Kon-konfessionalismus tastet die bekenntnismäßigen Verschiedenheiten nicht an. Er praktiziert Zusammenarbeit im vollen Bewußtsein dieser Verschiedenheiten. Diese Zusammenarbeit kann nur dann Erfolge haben, wenn bei gemeinsamen Aktionen nicht gegen die Grundsätze des einen oder des anderen Partners verstoßen wird.

Ein Beispiel hierfür ist die seit Jahren bestehende gemeinsame Arbeit der beiden Kirchen im Kohlenbergbau des Ruhrgebietes.

Pater Reichel ist vorzuwerfen, daß er durch die Verketzerung des DGB und durch die jetzt offene Werbung für die christliche Gewerkschaft die Zusammenarbeit evangelischer und katholischer Christen in den CDU-Sozialausschüssen gefährdet. Hier hat sich dem Engagement der evangelischen Partner von Anfang an sowieso manches entgegengestellt. Sollten sich auch hier die Kräfte um Pater Reichel durchsetzen, werden die Sozialausschüsse eine rein katholische Angelegenheit. Schon jetzt ist es so, daß die Gewerkschaftsfrage nicht offen und nachdrücklich diskutiert werden kann, ohne daß die Geschlossenheit der Sozialausschüsse der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft gefährdet würde.

Zweierlei Christen?

Pater Reichel ist vorzuwerfen, daß er durch seine Angriffe gegen den DGB und die dort arbeitenden katholischen Gewerkschaftsfunktionäre zweierlei katholische Christen schafft. Immer häufiger benutzt Pater Reichel den Apparat der katholischen Standesvereine, um seine Angriffe an den Mann zu bringen. Nach seinen Worten sind die Industriegewerkschaften Metall, Chemie und ÖTV drauf und dran, die Christen in ihren Reihen brutal zu unterdrücken. Und — man höre und staune — er wirft ihnen heute vor, sie kritisierten „sogar“ die Bundesregierung und die nach dem Kriege hier gewachsene Gesellschaftsordnung. Pater Reichel stempelt mit seinen Be-

hauptungen, daß ein guter Katholik nicht mehr Mitglied der IG Metall oder der IG Chemie sein könne, alle in der Einheitsgewerkschaft verbleibenden Katholiken zu Christen zweiter Klasse. Die Funktionäre in den DGB-Gewerkschaften, die der CDU angehören, sind nach Reichel „die Erniedrigten und immerzu Beleidigten“ im DGB. Das Ziel dieser Behauptungen kann wohl nur darin gesehen werden, die katholischen Funktionäre im DGB sowohl in ihren Gewerkschaften als auch in den katholischen Standesvereinen zu isolieren und eine Welle von Mißtrauen gegen sie in Bewegung zu setzen, die sie zum „Umdenken“ zwingt.

Der Rat der EKD hatte recht

Pater Reichel krönt seine Angriffe mit dem Satz: „Im DGB ist für freiheitsbewußte Demokraten kein Platz.“ Da-

mit aber sind wir nun alle Betroffene. Angesichts dieser Entwicklung kann jeder ablesen, wie vorausschauend der

Rat der Evangelischen Kirche im Jahre 1955 handelte, als er anlässlich der Neugründung der christlichen Gewerkschaften vor dieser Entscheidung warnte, und auf die notwendige Geduld hinwies.

Prof. Dr. Nell-Breuning formulierte: „Sollten wir aus Schwachheit, aus Mangel an Bekennermut und bedingungsloser Grundsatztreue an die-

ser Aufgabe versagen und uns an die Wand drücken lassen, dann hätte nicht allein die Katholische Kirche, nicht allein das Christentum in Deutschland, nein, dann hat die deutsche Arbeiterschaft eine schwere Niederlage erlitten und wird lange zu tun haben, bis sie von dieser Niederlage sich wieder erholt hat.“

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Sozialpolitischer Zeitspiegel

Kindergeld für Zweitkinder

Die Arbeitsämter werden künftig monatlich DM 25,- Kindergeld für jedes zweite Kind auszahlen, wenn das Jahreseinkommen der Eltern DM 7200,- nicht übersteigt. Dies bestimmt das sechste Kindergeldgesetz seit 1954, das der Deutsche Bundestag in Bonn am 30. Juni verabschiedete. Mit dem Gesetz, das rückwirkend zum 1. April 1961 in Kraft tritt, wird eine Kindergeldkasse errichtet, als deren Außenstellen die Arbeitsämter fungieren.

Von der Neuregelung der Kindergeldgesetzgebung werden 1,87 Millionen Zweitkinder betroffen. Weil die Arbeitsämter zunächst die Anträge entgegennehmen und bearbeiten müssen, rechnet man damit, daß etwa Anfang September zum ersten Male Beträge bis zu DM 150,- ausbezahlt werden.

Im Bundestag hat es bei der Debatte über die Verabschiedung des Kindergeldgesetzes scharfe Auseinandersetzungen zwischen Regierungskoalition und Oppositionsparteien gegeben. FDP und SPD wandten sich vor allem gegen die Einrichtung einer Kindergeldkasse, weil hierdurch ein neuer Apparat für die Auszahlung von Kindergeld geschaffen wird. Das Kindergeld für alle dritten und weiteren Kinder wird bekanntlich von den Familienausgleichskassen gezahlt, die den Berufsgenossenschaften angehängt sind. Durch die Einrichtung einer Kindergeldkasse beim Bund ergibt sich nun, daß in Millionen von Fällen zwei Behörden unabhängig voneinander Kindergeldbeträge auszahlen.

Neuregelung der Sonntagsarbeit in der Eisen- und Stahlindustrie

Bundesarbeitsminister *Theodor Blank* hat am 30. Juni in einer Fernseh-Erklärung die Änderungsvorschläge akzeptiert, die vom Bundesrat, der parlamentarischen Vertretung der Länder, zu einem von der Bundesregierung vorgelegten Verordnungsentwurf über die Sonntagsarbeit in der Eisen- und Stahlindustrie geltend gemacht worden sind. Der Bundesrat billigte im Grundsatz die Beschränkung der Arbeitszeit an Sonn- und Feiertagen auf acht Stunden. Mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse in einigen Bundesländern will er jedoch eine Verlängerung auf zwölf Stunden in kontinuierlichen Betrieben zulassen, wenn den Arbeitnehmern anstelle von 13 freien Sonntagen an mindestens 26 Sonntagen im Jahr eine ununterbrochene Ruhezeit von 40 Stunden gewährt wird, die den vollen Kalender-sonntag umfaßt.

Im einzelnen wird die Sonntagsarbeit in der Eisen- und Stahlindustrie nunmehr so geregelt, daß Hochöfen, Niederschachtöfen, Öfen nach dem Stürzelbergverfahren und Rennöfen an allen Sonn- und Feiertagen aus technischen Gründen kontinuierlich betrieben werden müssen; den in diesen Betriebsabteilungen beschäftigten Arbeitnehmern sind pro Jahr mindestens 13 Sonntage mit 72stündigen Freizeiten zu gewähren. Bei Thomas-Stahl-Konvertern muß an Sonn- und Feiertagen die Arbeit von 6 bis 22 Uhr unterbrochen werden; den hier beschäftigten Arbeitnehmern

muß an mindestens 26 Sonntagen im Jahr eine 40stündige Freizeit gewährt werden. Bei Siemens-Martin- und Elektro-Stahlöfen soll eine unterschiedliche Behandlung nach Ofengrößen eintreten: Siemens-Martin-Stahlöfen mit einem Schmelzgewicht von mindestens 75 Tonnen und Elektro-Stahlöfen mit einem Schmelzgewicht von mindestens 10 t sollen an Sonn- und Feiertagen (außer an den Weihnachts-, Oster- und Pfingstfeiertagen und am 1. Mai) kontinuierlich betrieben werden dürfen. Die an diesen Aggregaten beschäftigten Arbeitnehmer müssen ab 1. Juli 1962 mindestens 26 Sonntage im Jahr mit 40stündigen Freizeiten erhalten. Die mit diesen Stahlöfen im Verbund arbeitenden Walzenstraßen erster Hitze brauchen an Sonn- und Feiertagen nur für acht Stunden unterbrochen zu werden. Die kleineren Siemens-Martin- und Elektro-Stahlöfen und die Öfen nach dem Rotorverfahren dürfen bis zum 31. Dez. 1963 kontinuierlich betrieben werden. Vom 1. Januar 1964 ab bis zum 31. Dez. 1965 muß die Produktion für acht Stunden und danach für 16 Stunden unterbrochen werden.

Den an den nicht kontinuierlich arbeitenden Aggregaten beschäftigten Arbeitnehmern ist in einem im Schichtplan festzulegenden Wechsel an mindestens 26 Sonntagen im Jahr eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 40 Stunden zu gewähren, die den vollen Kalendersonntag umfassen muß. Auch während der Zeit der Produktionsunterbrechung, zumindest für acht Stunden, sollen Reparaturarbeiten unterlassen werden.

Die Verordnung über die Neuregelung der Sonntagsarbeit in der Eisen- und Stahlindustrie wird am 1. August 1961 in Kraft treten.

Für ein halbes Jahr: Keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung

Das Bundeskabinett hat am 7. Juni entsprechend einem Verordnungsentwurf des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung beschlossen, für die Zeit vom 1. August 1961 bis zum 31. Januar 1962 die Erhebung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung auszusetzen. Gegenwärtig beläuft sich der Beitrag auf 2 v. H. des Arbeitsentgelts eines Versicherten bis zur Bemessungsgrenze von 750,- DM monatlich. Die Beitragssparnis des Versicherten wird durchschnittlich 37,- DM und höchstens 45,- DM betragen.

Die Bundesregierung hat sich zu diesem Schritt entschlossen, nachdem die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und

Arbeitslosenversicherung auf Grund der Vollbeschäftigung hohe Überschüsse erzielt hat. Im Kalenderjahr 1960 betrug der Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben rund 964 Mill. DM, die Rücklage betrug am 31. Dezember 1960 rund 4,750 Mrd. DM. Weil bei unveränderter Beitragserhebung der Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben voraussichtlich rund 1 Mrd. DM betragen würde, erschien es der Bundesregierung geboten, die Beitragseinnahmen der Bundesanstalt so zu vermindern, daß Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht gebracht werden und die gesetzlich vorgeschriebene Rücklage keine wesentliche Veränderung erfährt.

Die Verordnung gilt auch in Berlin. Sie wird am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft gesetzt, damit die Einzugsstellen die Möglichkeit haben, die erforderlichen Maßnahmen rechtzeitig zu treffen.

Demokratisierung des Arbeitsprozesses

Als eine der wichtigsten Aufgaben für die Zukunft der Bundesrepublik bezeichneten die Teilnehmer einer von der Evangelischen Sozialakademie in Friedewald veranstalteten Studientagung die Demokratisierung der betrieblichen Arbeitsordnungen. Die vom 16. bis 23. Juni in Friedewald versammelten Betriebsräte, Arbeitsdirektoren, Gewerkschaftssekretäre und Arbeitnehmer aus großen Unternehmungen sind der Meinung, daß die gegenwärtig praktizierte Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft der Ergänzung durch ein System demokratischer Mitwirkung des einzelnen an den ihn betreffenden betrieblichen Entscheidungen bedarf. Sie unterstützen den von Dipl.-Volkswirt Konrad Stopp in Friedewald vorgelegten Vorschlag, regelmäßige Arbeitsbesprechungen auf der untersten Ebene des Betriebes durchzuführen. Stopp, Mitarbeiter des Wissenschaftlichen Instituts des Diakonischen Werkes in Bonn, will diese Arbeitsbesprechungen in der Arbeitsordnung der Betriebe verankert sehen.

Der an der Studientagung beteiligte Wirtschaftsexperte der SPD, Dr. Heinrich Deist MdB., wie auch Georg Leber, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bau — Steine — Erden und die Vorstandsmitglieder der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Vetter und Kegel, sprachen sich in diesem Zusammenhang für einen weiteren Ausbau der Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft aus. Dr. Deist betonte, daß es eine Mitbestimmung an der Volkswirtschaft und Investitionslenkung auf höchster Ebene nur durch die

demokratisch legitimierten Parlamente und Regierungen geben könne, wenn die Marktwirtschaft nicht aufgegeben werden soll. Für den Betrieb sei aber die verantwortliche Mitwirkung des einzelnen an Ausbildung und Weiterbildung, an der Arbeitsplatzgestaltung, an einem neuen Verhaltenskodex und an der Lohnfindung erforderlich.

Einen eingehenden Bericht über die Studententagung in Friedewald veröffentlichen wir in der nächsten Ausgabe der MITARBEIT.

Garantierter Jahreslohn für Bergarbeiter?

Der Leiter der Abteilung Tarifpolitik im Vorstand der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, *Karl van Berk*, sprach sich am 19. Juni in Bochum für einen garantierten Jahreslohn der Bergarbeiter aus. Ein solcher Garantielohn gewähre auch bei Feierschichten die soziale Sicherheit und banne damit die Gefahr der Abwanderung der Bergleute in andere Berufe. Der Hauptvorstand der IG Bergbau und Energie sei augenblicklich intensiv mit der Untersuchung aller damit zusammenhängenden Probleme beschäftigt und werde zu gegebener Zeit entsprechende Vorschläge machen, erklärte *van Berk*.

Dirks: Mehr politische Aktivität

Walter Dirks, der Leiter der Hauptabteilung Kultur des Westdeutschen Rundfunks in Köln, hat in einem Referat vor dem Kongreß der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr am 28. Juni in Berlin den Gewerkschaften eine Verstärkung ihrer politischen Aktivität empfohlen. Auch wenn das Ansehen der Gewerkschaften gesunken sei, dürften sie sich nicht vom „Klima der Zukunftslosigkeit“ anstecken lassen. Im einzelnen nannte *Dirks* sechs wichtige Aufgaben für die Gewerkschaften: 1. Ein wirklich demokratisches Leben und Denken in allen Stufen und Gliederungen der Gewerkschaften; 2. die geistige Auseinandersetzung mit den Menschen in und den Flüchtlingen aus der Sowjetzone; 3. Festhalten an den Überlieferungen der Gewerkschaftsbewegung; 4. Solidarität mit den Arbeitern Europas und der Entwicklungsländer; 5. Verstärkte gewerkschaftliche Arbeit in den Betrieben; 6. Mitarbeit in der Bildungspolitik.

Mit besonderem Nachdruck wies *Dirks* auf die Aufgaben der Gewerkschaften zur Verteidigung der Demokratie hin. Die

deutsche Demokratie sei innerlich nicht so gefestigt, daß sie jede Belastung aushalten könne. Weder die Parteien, noch die Bürokratie oder die Wirtschaftsführer könnten ihre Existenz garantieren. Aber die militärische Macht und die organisierte Macht der Arbeitnehmer würden zählen. Sollte die militärische Macht einmal nicht in der Hand einer wirklich demokratischen Führung sein, sei in einer solchen Stunde die Gewerkschaft die einzige demokratische Macht, vorausgesetzt, daß sie genügend vorbereitet und mobilisierbar sei. Darum müsse die Gewerkschaftsbewegung schon in normalen Zeiten zu einer durch und durch mit demokratischem Leben und Bewußtsein erfüllten Organisation werden, die über entsprechend enge Verbindungen zu den Betrieben verfügt.

Der Vierte Ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, der vom 25. Juni bis 1. Juli in Berlin abgehalten wurde, versammelte 491 Delegierte, die mehr als 960 000 Mitglieder der Gewerkschaft vertraten. Die ÖTV ist die zweitgrößte Gewerkschaft nach der IG Metall in der Bundesrepublik. Sie hat seit dem letzten Gewerkschaftstag etwa 40 000 neue Mitglieder gewonnen und wird bald die Millionengrenze erreicht haben. Die ÖTV ist in den letzten Wochen durch ihre Erfolge bei der Regelung der neuen Tarife für die Angestellten und Arbeiter in Bund, Ländern und Gemeinden hervorgetreten. Der bisherige 1. Vorsitzende der Gewerkschaft, *Adolph Kummernuss*, wurde vom Vierten Ordentlichen Gewerkschaftstag der ÖTV wiedergewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt worden. Der Gewerkschaftstag hatte vorher mit großer Mehrheit durch eine Satzungsänderung festgelegt, daß in Ausnahmefällen hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre auch nach Vollendung des 65. Lebensjahres wiedergewählt werden können. Der Gewerkschaftstag genehmigte diese Ausnahme für *Kummernuss*, der vor wenigen Tagen sein 66. Lebensjahr vollendet hat. 2. Vorsitzender der ÖTV wurde *Erich Raabe* anstelle des ausgeschiedenen *Karl Oesterle*.

Der Gewerkschaftstag der ÖTV hat beschlossen, den Sitz des Hauptvorstandes der Gewerkschaft nach Berlin zu verlegen. Dadurch soll besser als bisher die Verbundenheit zur deutschen Hauptstadt bewiesen und anderen Organisationen und Parteien ein Beispiel gegeben werden. Zeitpunkt und weitere Einzelheiten der Verlegung von Stuttgart nach Berlin soll der Gewerkschaftsbeirat der ÖTV bald beschließen.

10 Jahre Montan-Mitbestimmung

Am 21. Mai 1961 jährte sich zum zehnten Male der Tag, an dem das Gesetz über die Mitbestimmung bei Kohle, Eisen und Stahl verkündet wurde. Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften haben Gelegenheit genommen, an diesem Tage die Montan-Mitbestimmung einer kritischen Würdigung zu unterziehen. Während der DGB in seinem „Nachrichtendienst“ vom 17. Mai feststellte, die Mitbestimmung der Arbeitnehmer sei nicht nur zu einem festen Bestandteil unserer Gesellschaftsordnung geworden, sondern habe sich auch bewährt, schreibt das Deutsche Industrieinstitut als die publizistische Vertretung der industriellen Arbeiterschaft am 18. Mai, der Beweis für die Bewährung der Montan-Mitbestimmung stehe noch aus. Noch immer sei die Frage nicht beantwortet, was dieser politische Erfolg der Gewerkschaften den Arbeitnehmern in sozialer Hinsicht gebracht habe. Im Grunde verankere die Montan-Mitbestimmung in erster Linie den Einfluß der Gewerkschaften in den führenden Organen der Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie und des Bergbaues, keinesfalls aber eine wirkliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb. — Ganz im Gegensatz hierzu meint der DGB, die Beteiligung der Arbeitnehmervertreter an den Unternehmensentscheidungen habe sich sowohl in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung als auch auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen und des betrieblichen Sozialklimas zweifellos günstig ausgewirkt. Die Montan-Mitbestimmung sei ein Anfang auf dem Wege zur echten Demokratisierung der Wirtschaft.

Kontroverse zwischen Adenauer und DGB

Eine Rede des Bundeskanzlers vor der Katholischen Arbeiterbewegung am 5. Juni in Düsseldorf hat zu scharfen Stellungnahmen von *Heinrich Gutermuth*, dem Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, und von den stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, *Ludwig Rosenberg* und *Bernhard Tacke*, geführt. *Adenauer* hatte das Ergebnis der diesjäh-

rigen Betriebsrätewahlen deswegen als „verblüffend“ bezeichnet, weil 85 % der Stimmen auf die Kandidaten der DGB-Gewerkschaften entfallen sind, obwohl nur 5 Millionen Arbeitnehmer im DGB organisiert seien, von denen 1 Million Rentner wären. Dr. *Adenauer* fragte, ob alles geschehen sei, um die Arbeitnehmer über die Bedeutung dieser Wahlen aufzuklären. Andererseits hätten beispielsweise im Rheinischen Braunkohlenbergbau die christlichen Betriebsräte mit 34,5 % der Stimmen nur wenig unter dem Anteil der Sozialdemokraten gelegen.

Heinrich Gutermuth erklärte dem Bundeskanzler daraufhin in einem Schreiben vom 8. Juni, daß der DGB nicht über 5 Millionen Mitglieder, sondern am 31. Dezember 1960 über 6,4 Millionen Mitglieder gehabt habe. Im übrigen müsse er darauf hinweisen, daß nach den bis Ende Mai vorliegenden Zahlen der Betriebsrätewahlen 1961 86,8 % aller Betriebsratsmitglieder auf Kandidaten der DGB-Gewerkschaften entfielen, während nur 0,6 % für Kandidaten der Christlichen Gewerkschaften abgegeben wurden. Im gesamten Bundesgebiet habe die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie 5313 Mandate (96,4 %), der CGB 41 Mandate (0,7 %) erhalten. *Gutermuth* betont, daß alles getan werden müsse, um die Zersetzungstendenzen im politischen Leben aufzuhalten. Wenn solche Tendenzen in die Gewerkschaftsbewegung hineingetragen werden sollten, wäre hiermit die Gefahr eines erneuten Zusammenbruchs unseres demokratischen Staates gegeben. *Gutermuth* schreibt darum: „Wir bedauern... Ihre Ausführungen.“

Der stellvertretende DGB-Vorsitzende *Bernhard Tacke* teilte dem Bundeskanzler am 6. Juni ergänzend mit, daß die von ihm erwähnten 34,5 % der Stimmen für die Betriebskandidaten aus dem christlich-sozialen Bereich nicht auf eigene Listen, sondern auf die Listen der IG Bergbau und Energie entfielen. Im übrigen würden die Äußerungen des Bundeskanzlers die Frage aufwerfen, ob er es denn lieber gesehen hätte, wenn die über 85 % der Stimmen nicht auf die DGB-Gewerkschaften entfielen, sondern sogenannten unabhängigen Kandidaten, Kommunisten oder Unorganisierten zugute gekommen wären.

Für diesen „Sozialpolitischen Zeitspiegel“ wurde folgendes Material ausgewertet: KND-Kurznachrichtendienst der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände; DGB-Nachrichtendienst; DGB-Informationsdienst; „Metall-Pressedienst“ und „Pressenachrichten“, beide herausgegeben von der Industriegewerkschaft Metall; „Sozialpolitische Informationen“ des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung; Evangelischer Pressedienst (epd) und eigene Korrespondenzberichte. — Die Redaktionsarbeiten wurden am 5. Juli abgeschlossen.

Die familienpolitische Glosse:

Spät kommt Ihr — doch Ihr kommt!

Mit diesen Worten hat nicht nur Wallensteins Feldmarschall Illo den Kroaten-general Graf Isolani begrüßt. Mit diesem Seufzer begrüßen auch alle die, denen das Wohl der deutschen Familie am Herzen liegt, die Tatsache, daß der Deutsche Bundestag der 3. Wahlperiode in seiner Sitzung vom 29. Juni 1961 — also einen Tag vor Toresschluß — das sogenannte Kindergeldkassengesetz nahezu einstimmig angenommen hat. Früher ging es anscheinend nicht. Immerhin haben die Strategen des Parlaments das Recht, nun ebenso wie weiland Isolani zu melden: „Wir kommen auch mit leeren Händen nicht!“

Das werden — voraussichtlich Anfang September 1961 — rund 1,2 Millionen Familien verspüren, die dann für die rückliegenden Monate ab 1. April 1961 ein Kindergeld von DM 25,- monatlich für ihr zweites Kind erhalten sollen. Das Gesetz wird, sobald der Bundesrat seine Zustimmung erteilt hat und die Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt erfolgt ist, rechtskräftig. Am Vorabend der vierten Bundestagswahl ist nicht damit zu rechnen, daß sich noch Schwierigkeiten ergeben werden. Nach der Verkündung des Gesetzes können Anträge auf dies Kindergeld bei den Arbeitsämtern von denen gestellt werden, deren Einkommen monatlich 600,- DM oder jährlich 7200,- DM nicht übersteigt. Freilich haben keinen Anspruch auf dies weitere Kindergeld — und dies ist natürlich und schlüssig — solche Personen, die in einem öffentlichen Dienst- oder Amtsverhältnis stehen und nach besoldungsrechtlichen Vorschriften Kinderzuschläge erhalten. Das gleiche gilt für die Arbeitnehmer des Bundes, der Länder, Gemeinden und sonstigen Körperschaften sowie für Empfänger von Versorgungsbezügen nach beamtenrechtlichen Vorschriften. Die Zahlung der neuen Kindergeldbeträge erfolgt nicht mehr aus (direkten) Leistungen der Wirtschaft — der Arbeitgeber bzw. der Betriebe —, sondern zu Lasten des Bundeshaushalts. Vollzugsstellen der Zahlung werden die Kindergeldkassen, die bei den Arbeitsämtern und damit im Bereich der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Nürnberg errichtet werden. Der Arbeitsminister erhält mithin vom Gesetzgeber einen Füllauftrag für seine in der Hochkonjunktur nur geruhsam beanspruchte Verwaltung.

Der Erlaß und Inhalt des Kindergeldkassengesetzes lösen sehr gemischte Gefühle aus. Zweifellos bedeutet dies Gesetz einen familienpolitischen Fortschritt. Die Leistungen an die Familien erfahren eine gewisse Aufstockung, und insoweit verdient die neue Regelung Anerkennung und Dankbarkeit. Auch daß die Einzelvorschriften der bisherigen Gesetzgebung in mancherlei Hinsicht verbessert wurden, darf lobend erwähnt werden. Aber — es ist mehr als nur ein Tropfen Wermut im Becher!

Nur ein Teil der Zweitkinder wird bedacht, nämlich die Kinder der Eltern mit kleinem Einkommen. Der Familienminister hat am 18. März 1961 im Bundestag den neuen Trend dahin beschrieben, „daß alle diejenigen, die so wenig Einkommen haben, daß ihnen nicht einmal die Begünstigungen der Steuergesetzgebung zuteil werden, das bekommen, was den Mittleren und Großen durch die Steuergesetzgebung bisher ohnehin schon zugefallen ist.“ Genau das ist es. Es liegt die sogenannte Negativsteuer vor, unter dem Firmenschild des Kindergeldes. Und die gezogene Grenze rührt an die Zone der „Bedürftigkeit“ und der Fürsorge — genau das, was der notwendigen gesellschaftlichen Integration der Familie nicht gerecht wird.

Daß die Verabschiedung des Gesetzes unmittelbar vor einer Wahl und daß der „Schluck aus der Flasche“ — sechs Raten auf einmal im Wege der Nachzahlung — genau Anfang September erfolgt, mag ein ganz unglückliches Zusammentreffen sein. Wir hätten das um der Sache willen gern vermieden gesehen. Noch größere Sorgen aber bereitet uns die nun noch weiter aufgesplitterte Ordnung des Kindergeldes. Die schon seit langem fälligen Korrekturen werden nur noch dringlicher. Wir haben deshalb mit Zustimmung und Genugtuung die Versicherung von Peter Horn gehört, die CDU/CSU erwarte schon im ersten Jahr der neuen Legislaturperiode mit Bestimmtheit von der neuen Bundesregierung die Vorlage eines grundlegenden Reformgesetzes, so daß spätestens zum 1. 1. 1963 eine einheitliche Lösung verwirklicht sein könnte. Aber man wird verstehen, daß wir uns nach vielen bisherigen Erfahrungen sicherheitshalber notiert haben: „Wiedervorlage auf den 15. Oktober 1962.“

Martin Donath

Informationen und Berichte

EVANGELISCHE AKTIONSGEMEINSCHAFT FÜR FAMILIENFRAGEN

1.

Kindergeld

Ende April wurde erstmalig ein Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Familienorganisationen vom Sozialpolitischen Ausschuß des Bundestages zum Gesetzentwurf über die Gewährung von Kindergeld für Zweitkinder gehört.

Wir geben nachstehend die Stellungnahme der deutschen Familienorganisationen zum Gesetzentwurf, die von Diplom-Volkswirt Martin Donath vorgetragen wurde, im Wortlaut wieder.

Stellungnahme

der deutschen Familienorganisationen zum Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung von Kindergeld für zweite Kinder und die Errichtung einer Kindergeldkasse in der Sitzung des Bundestagsausschusses für Sozialpolitik am 27. April 1961.

Zunächst darf ein Wort des Dankes dafür vorausgeschickt werden, daß erstmals ein Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen vom Sozialpolitischen Ausschuß in dieser wichtigen Sache gehört wird.

Sodann darf gesagt werden, daß die Arbeitsgemeinschaft der Familienorganisationen sehr dankbar dafür ist, daß noch, wenn auch recht spät in der laufenden Legislaturperiode, ein Schritt zur Verbesserung bzw. zur Ausweitung der Kindergeldgesetzgebung getan wird. Noch dankbarer wären wir gewesen, wenn die Verbesserung bereits am 1. Januar 1961 hätte wirksam werden können, damit die Realisierung nicht allzu sehr in die Nähe des Wahltermins gerückt wäre. Dies hat leider zur Folge, daß die Erhöhung der Leistungen im Jahre 1961 nach dem Entwurf des Gesetzes nur 375 Mill. statt der erhofften 500 Mill. DM austrägt. Dieser Umstand wird aber die Dankbarkeit der Familien und der Familienorganisationen nicht mindern.

Dankbar sind wir auch für die nachfolgenden fünf Verbesserungen, die der Gesetzentwurf gegenüber dem bisherigen Zustand bringt:

1. § 3 berücksichtigt jetzt beim Kindergeldanspruch auch solche Witwen, die nicht erwerbstätig sind. Wir empfinden dies als einen Akt der Gerechtigkeit und der sozialen Fairneß, den wir sehr anerkennen.
2. § 7 Abs. 2 verbessert für das Zweitkindergeld die gegenwärtig im Kindergeldgesetz

bestehende Regelung der Antragsfrist. Die Möglichkeit der Nachgewährung für sechs Monate ist eine sehr dankenswerte Auflockerung gegenüber dem bisherigen Zustand.

3. § 10 Abs. 3 schafft eine von uns begrüßte Möglichkeit, daß der Bundesminister für Familien- und Jugendfragen für den vorgesehenen Verwaltungsrat drei Mitglieder und deren Stellvertreter vorschlagen darf. Damit wird eine Chance geschaffen, ständig den Rat und die Meinung der Familienverbände zu hören und zu nutzen. Wir werden das als einen guten Fortschritt gegenüber der sonstigen Übung, bei der Bundesanstalt und in anderen Organen der sozialen Selbstverwaltung nur Arbeitgeber und Arbeitnehmer heranzuziehen, betrachten.
4. § 14 Abs. 2 vermeidet, die Familie und das Arbeitsamt allzu eng zusammenzurücken, indem die Arbeitsämter als „Außenstellen für Kindergeldkasse“ fungieren usw. Der nötige Schriftverkehr wird also unter einer neuen und familiengemäßen Anschrift geführt.
5. § 41 Abs. 1 Ziff. 2 des Entwurfes verbessert das dritte Änderungsgesetz zum AVAVG vom 28. Oktober 1960, in dem der wöchentliche Familienzuschlag auf 9,- DM erhöht wird und damit die Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung an das allgemeine Kindergeld angeglichen werden. Dies entspricht auch einer etwa vor Jahresfrist gegebenen Empfehlung des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen. Die Familienverbände begrüßen eine solche Regelung.

Nach diesen Hinweisen der Zustimmung und Übereinstimmung dürfen nun die kritischen Bemerkungen angebracht werden. Was die vorgesehene Einkommensgrenze für die Kindergeldgewährung für Zweitkinder angeht, so ist es die einmütige Auffassung der Familienorganisationen, daß sie grundsätzlich ungut ist und in absehbarer Zeit fallen muß. Sie rückt — anders als bei den Dritt- und Mehrkindern — die Frage der „Bedürftigkeit“ nach vorn und nähert sich damit bewußt oder unbewußt einem Fürsorgedenken, das wir familienpolitisch grundsätzlich nicht billigen können. Uns geht es um die Würdigung des Lebensstatbestandes Zweitkind, der in allen Schichten der Bevölkerung erhöhte Belastungen, Pflichten und Sorgen auslöst und im sozialen Rechtsstaat ehestens auch zu einer gleichmäßigen Behandlung führen sollte.

Die Familienorganisationen billigen voll und ganz die Meinung jener deutschen Wissenschaftler, die kürzlich eine klare und dankenswerte Untersuchung über die ökonomische Lage der Familie in der Bundesrepublik Deutschland vorgelegt haben. Dort heißt es auf Seite 72:

Verfehlt wäre es . . . , die Folgerung zu ziehen, die Lage der Familie mit einem Verdienner und zwei Kindern sei in Ordnung, eine Einkommenskorrektur sei nicht erforderlich. Dabei wird verkannt, daß es eben nicht genügt, den Familien eine bestimmte absolute Höhe des Einkommens zu sichern, sondern verhütet werden muß, daß die Lebenshaltung der Mehrkinderfamilien allzu weit hinter die jener Familien zurückfällt, die kinderlos sind oder nur ein Kind haben. Ein solches, die Funktionsfähigkeit der Familien beeinträchtigendes Absinken des Lebensniveaus tritt aber nicht erst in den Familien mit drei und mehr Kindern auf, sondern ist bereits in den Familien mit zwei Kindern spürbar."

Es geht den Familienverbänden also darum, eine schwer erträgliche Ungleichheit der Lebenslage bei den Kinderfamilien auf ein annehmbares Maß zurückzuführen. Diesem grundsätzlichen Aspekt hat sich der vorliegende Entwurf nicht befriedigend gestellt. Deshalb können ihn die Familienorganisationen zwar als einen Schritt, eine Stufe, einen pragmatisch vollzogenen Fortschritt gelten lassen und sogar begrüßen. Aber er kann und darf nicht das letzte Wort bleiben.

Die Familienorganisationen meinen auch, daß die heutige Verbesserung als eine Etappe den bisherigen Erklärungen der Bundesregierung entspricht, wonach die bisherigen Maßnahmen Schritte zu einer Integration der Familie in den sozialen Rechtsstaat und in die soziale Marktwirtschaft sind. Das deckt sich auch mit Erklärungen von politischen Parteien und einzelnen Politikern, es deckt sich auch zu einem guten Teil mit Angaben, die bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfes im Bundestag gemacht worden sind. Jedenfalls erwarten die Familienorganisationen, daß mit der dynamischen Fortentwicklung der Marktwirtschaft auch eine Verbesserung der Leistungen für das Kindergeld aus dem Bundeshaushalt erfolgt, daß also die Einkommensgrenze fällt und zu gegebener Zeit Aufstockungen möglich werden.

Neben diesen grundsätzlichen Bedenken haben die Familienorganisationen aber auch sehr praktische Bedenken hinsichtlich der vorgesehenen Begrenzung des Kindergeldes auf bestimmte Einkommensgruppen. Sie glauben, große praktische Schwierigkeiten bei der Durchführung erwarten zu müssen, weil sich bei der heutigen Labilität der Lohn- und Gehaltsverhältnisse und bei dem Wandel mehrerer Einkommen in den Familien die Grenzen sehr häufig innerhalb eines Jahres verschieben werden. Die Berücksichtigung solcher Veränderungen und eine etwaige Kontrolle werden aber nicht nur sachliche Schwierigkeiten im Gefolge haben; wir befürchten auch im Laufe der Zeit erhebliche Verstimnungen, weil solche Kontrollmaßnahmen doch das Gefühl unterstützen, es handele sich um eine überwachte Fürsorgemaßnahme.

Es dürfen nun noch einige Worte dazu gesagt werden, ob für die Zahlung des Kindergeldes für Zweitkinder eine besondere Kasse notwendig und zweckmäßig erscheint oder nicht. Die Familienorganisationen bejahen eine solche besondere Kasse schon deshalb, damit die spezifische Eigenart der familienpolitischen Zuleistung gegenüber den Familien und gegenüber der Öffentlichkeit bewußt gemacht wird. Eine solche besondere Form der Kasse hat es ja auch im System der Familienausgleichskassen gegeben, die nicht einfach als Organ der berufs-genossenschaftlichen Versicherung tätig war. Wenn dies nun auch bei der Zahlung des Kindergeldes für Zweitkinder vorgesehen ist, so geschieht nichts grundsätzlich Neues. Die gewählte Bezeichnung und die gewählte Form

im Entwurf haben bei aller engen Beziehung zur Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung aber den Vorteil, daß auch eine gewisse Distanz gewahrt bleibt, was psychologisch sehr wünschenswert erscheint. Die Familie möchte nicht allzu stark in der Nähe der Arbeitslosenunterstützung gesehen werden. Für das Empfinden der Öffentlichkeit wird es gut sein, wenn der Ausdruck „Kindergeldkasse“ an die familienpolitische Seite der Angelegenheit immer wieder erinnert.

Damit hängt auch zusammen, daß bei einer Kindergeldkasse ein besonderer Verwaltungsrat gebildet wird, in dem Fragen und Hinweise im Hinblick auf die Familie gestellt bzw. gegeben werden können, die sonst nicht anzubringen wären. Demgegenüber wiegen in den Augen der Familienorganisationen die etwaigen Vorteile, die sich bei einer Lösung über die Finanzämter ergeben könnten, nicht schwer genug, ganz abgesehen davon, daß es doch sehr zweifelhaft ist, ob die Vorteile bei einer Lösung über die Finanzbehörden wirklich gegeben sind und ob nicht bei einer Steuerung über die Finanzbehörden zusätzliche verwaltungstechnische Schwierigkeiten entstehen. Die bisherige Einstellung der Finanzbehörden, insbesondere der Finanzminister der Länder, ermutigt nicht unbedingt zu einem Experiment in dieser Richtung. Was schließlich die Duplizität der Organe angeht — hier noch Familienausgleichskasse, dort Kindergeldkasse —, so ist ja vom Gesetzgeber eine Vereinheitlichung in absehbarer Zeit vorgesehen. Die Familienorganisationen begrüßen eine solche Tendenz. Sie haben den Wunsch und die Bitte, die Vereinheitlichung zu beschleunigen, und sie verkennen nicht, daß die bisherige zögernde Beantwortung eine Grundlage für eine gewisse Skepsis sein könnte.

Am Rande darf bemerkt werden, daß die Familienorganisationen nicht eben glücklich sind, wenn die eheähnlichen Gemeinschaften in einer gewissen Parallele zur Familie genannt werden. Wir sind der Meinung, daß es sich hier um nicht vergleichbare Lebensverhältnisse handelt. Wir meinen auch, daß eine wirksame Kontrolle nur überaus schwierig sein wird. Lediglich in der Arbeitslosenfürsorge arbeiten die Arbeitsämter mit diesem Begriff der eheähnlichen Gemeinschaft. Doch handelt es sich hier um eine Feststellung und Bemerkung, die wir nicht überbetonen wollen. Vielleicht demonstriert die Praxis selbst die Schwierigkeiten, die wir kommen sehen, deutlicher und wirksamer.

Die Familienorganisationen möchten abschließend ihre Stellungnahme noch einmal wie folgt zusammenfassen:

Sie sind dankbar für das Erreichte. Sie sind dankbar für die in Aussicht genommenen Verbesserungen und Fortschritte. Sie halten aber unverändert daran fest, daß aus den dargelegten Gründen in einem sozialen Rechtsstaat und einer sozialen Marktwirtschaft jedes zweite Kind einen Anspruch auf das Kindergeld hat bzw. erhalten muß, solange jedenfalls an der gegenwärtigen Form der indirekten Finanzierung festgehalten wird. Nur dadurch — in Verbindung mit anderen familienpolitischen Maßnahmen — wird eine Lösung gefördert werden können, die den Notwendigkeiten der Familie gerecht wird, insbesondere auch ihren erzieherischen und kulturellen Aufgaben, die heute durch soziale Nöte teilweise bedrohlich blockiert sind. Was sich die Familienverbände wünschen, ist eine baldige ganzheitliche Lösung, die ohne Zeitdruck und ohne Wahldruck im Zusammenwirken aller Parteien und aller verantwortlichen gesellschaftlichen Organisationen gefunden werden sollte. Immer wieder sind die Familien und ihre Organisationen darüber betrübt und verstimmt, daß die Anliegen der Familie allzu

leicht in ein kleinliches Gezänk abgleiten. Sie wünschen sich eine Lösung, die der gesellschaftlichen Bedeutung der Familie entspricht, welche letztere ja von allen Faktoren des politischen Lebens bejaht wird. Sie wünschen sich insbesondere auch eine Lösung, die glaubwürdig und beispielhaft ist gegenüber den Verhältnissen in der Zone und im östlichen Machtbereich. Deshalb sollte es in Sachen der Familie eine einmütige Meinung aller beteiligten Partner geben, auch wenn eine solche Einheit nur unter harten Auseinandersetzungen erarbeitet werden kann.

Bonn, den 27. April 1961

Martin Donath

2.

Zahlen aus der Müttergenesungsarbeit

Im Mai dieses Jahres hat sich das Mütter-Genesungswerk, wie in jedem Jahr, wieder an die Öffentlichkeit gewandt und zu einer Spende aufgerufen für die Mütter, die sich in seinen Heimen erholen.

Angesichts der Wichtigkeit der Müttergenesung gerade für Bestand und Entwicklung der Familie sind einige Zahlen aufschlußreich:

1960 wurden in den Heimen des Deutschen Mütter-Genesungswerkes 80 000 Frauen zur Erholung und Wiedergesundung aufgenommen. Die Angaben von 60 000 Frauen über ihre Lebensverhältnisse wurden statistisch ausgewertet.

42,3% der Frauen kamen aus Arbeiterfamilien;

17,9% waren die Frauen von Angestellten;

8,2% die Frauen von Handwerkern;

5,7% die Frauen von Beamten;

4,6% Bäuerinnen und

3,8% Frauen von freiberuflich Tätigen.

9,4% der Mütter waren selbst berufstätig. 38,6% trugen allein die Familienverantwortung, weil der Ehemann gestorben, gefallen oder vermißt war oder weil sie von dem Ehepartner getrennt lebten.

Die Auswertung der ärztlichen Atteste, die bei Kurantritt ausgestellt wurden, zeigt, daß

41,4% der Frauen an Herz- und Kreislauferkrankungen leiden,

13,7% wegen Gallenblasen-, Leber- und Magenkrankungen ins Heim kamen,

14,0% nach überstandenen Operationen und schweren Erkrankungen eingewiesen wurden,

9,8% an Rheuma litten,

9,0% Untergewicht hatten, bei

6,6% eine Erkrankung der Atmungsorgane Ursache der Heilmunterbringung war.

Bei mehr als jeder zweiten Mutter kam eine körperlich-seelische Erschöpfung hinzu (69,4%).

Da 38 Mütter-Genesungsheime in Kurorten liegen, können alle gebräuchlichen Heilkuren spezialisiert auf die Bedürfnisse der Mütter im Rahmen des Mütter-Genesungswerkes durchgeführt werden.

Die durchschnittliche Kinderzahl betrug 2,4; 19% der erholungsbedürftigen Mütter hatten vier und mehr Kinder.

Entsprechend dem großen Anteil an Flüchtlingen und Heimatvertriebenen in unserer Gesamtbevölkerung betrug auch die Zahl der auf diese Bevölkerungsgruppe kommenden verschickten Mütter 24,1%.

Die Gesamtkosten der Kuren beliefen sich auf 23 Mill. DM. Davon wurden 8 Mill. DM von öffentlichen Sozialleistungsträgern zurückerstattet, 6 Mill. DM erbrachte die Sammlung. Der Rest mußte mühsam von den Träger-Gruppen des Mütter-Genesungswerks aufgebracht werden.

3.

Bericht der Arbeitsgemeinschaft „Film“ des Deutschen Bundesjugendrings

Der Deutsche Bundesjugendring hat sich in seiner 23. Vollversammlung in Hannover mit den Massenmedien und ihren Auswirkungen auf die Jugendarbeit befaßt. In einer eigenen Arbeitsgemeinschaft wurde die Situation auf dem Gebiete des Films erörtert. Die Ergebnisse dieses Arbeitskreises wurden u. a. auch den Familienorganisationen zur Information zugeleitet.

Wir geben nachstehend die Forderungen, die in diesem Arbeitskreis „Film“ erarbeitet wurden, den Mitgliedern unserer Aktionsgemeinschaft bekannt:

Der Arbeitskreis „Film“ stellte bei der Behandlung des Beratungsthemas „Film - Gegner oder Helfer der Jugendarbeit“ fest, daß es einen Film „an sich“ nicht gibt. Vielmehr ist die Möglichkeit der Aufzeichnung des kinematographischen Bildes ein Mittel in der Hand des Menschen. Von seiner geistigen Grundhaltung und seinen künstlerischen Fähigkeiten hängt es allein ab, ob mit dem Film negative oder positive Wirkungen erzielt werden. Leider enthält das Filmangebot in der Bundesrepublik überwiegend negative und bedeutungslose Filme. Sie verhindern oder hemmen eine gesunde Entwicklung der Jugend. Dagegen gibt es immer wieder Beispiele wertvoller Filme, die sehr wohl Helfer der Jugend sein können. Ideal ist der Film zu nennen, in dem eine Synthese von Unterhaltung, Bildung und Information verwirklicht ist. Mit Bedauern wurde festgestellt, daß die Jugend im Film meist in der Situation der Gefährdung gezeigt wird, während das Bild einer gesunden Jugend kaum zu finden ist.

Da wir unsere Einstellung zum Film an seinen hervorragenden Werken messen, sind wir davon überzeugt, daß eine Verwirklichung unserer Forderungen die Entwicklung des Films positiv beeinflussen kann.

Unsere Forderungen an die in der Filmwirtschaft Tätigen:

- Konsequente Beachtung der moralischen Prinzipien,
- keine Solidarität mit negativen Kräften der Branche,
- strikte Beachtung der Bestimmungen des Jugendschutzes,
- größere Freiheit für den Filmkünstler,
- Erhaltung bedeutsamer Filmwerke,
- Einrichtung einer planvollen Nachwuchsbildung,
- Bemühung um wissenschaftliche Fundierung der eigenen Arbeit.

Unsere Forderungen an öffentliche Institutionen:

- Alle Personen in öffentlichen Institutionen, die sich mit dem Film befassen, müssen qualifizierte Fachleute sein;
- die Förderung des guten Films ist im Interesse unseres gesamten Volkes eine wichtige Aufgabe. Alle guten Filme, die wertvolle pädagogische Absichten verfolgen, insbesondere Kinder- und Jugendfilme, sollten verstärkt gefördert werden;

- die verwirrende Vielfalt öffentlicher oder mit öffentlichen Mitteln finanzierter Filmstellen muß abgebaut werden;
- der freie internationale Austausch wertvoller Filme sollte gefördert werden;
- die filmwissenschaftliche Forschung muß an Universitäten und allen pädagogischen Lehrstätten einen festen Platz erhalten;
- das Unterrichts- und Bildungsfilmwesen verdient eine stärkere Beachtung. Es muß in die Lage versetzt werden, seinen Aufgaben in Schule, Jugend- und Erwachsenenbildung voll gerecht zu werden;
- für die Archivierung filmkünstlerischer Werke sollten endlich ausreichende öffentliche Mittel bereitstehen;
- Kulturzentren und Jugendheime müssen für Filmvorführungen eingerichtet sein;
- alle Maßnahmen zur Filmförderung sollten in einem umfassenden Plan verankert werden, an dessen Aufstellung und Verwirklichung sich Bund, Länder und Gemeinden vereint beteiligen.

Unsere Forderungen an Eltern und Erzieher:

- Eltern und Erzieher tragen eine hohe Verantwortung für das Heranführen des jungen Menschen an den guten Film. Die Eltern bedürfen hierbei der Anregung und Unterstützung aller in der Erziehung der Jugend tätigen Kreise;
- der gemeinsame Besuch geeigneter Filme von Eltern und Kindern ist zu empfehlen;
- der Lehrer muß sich um den Filmbezug seiner Schüler kümmern und sollte gelegentlich mit seiner Klasse gemeinsam gute Filme besuchen. Überdies bietet ihm die Beschäftigung mit dem Film Möglichkeiten der Weiterbildung, auf die kein Pädagoge verzichten kann;
- jede Schule sollte eine gute Filmzeitschrift beziehen.

Unsere Forderungen an uns selbst:

- Alle Möglichkeiten zur Heranführung der Jugend an den guten Film müssen genutzt werden. Wir dürfen aber dem negativen Film nicht ausweichen, sondern müssen ihn entlarven;
- die Filmbildung steht und fällt mit der Heranziehung und Heranbildung von Fachkräften;
- wir dürfen uns nicht in ein „Heimkino“ zurückziehen, sondern sollten den gemeinsamen Kinobesuch der Gruppe mit anschließendem Gespräch fördern;
- die Verbandspresse sollte der Filmerziehung genügend Raum geben;
- in jedes Jugendheim gehört eine gute Filmzeitschrift, in jede Jugendbücherei seriöse Filmfachliteratur;
- ein wahlloses Abspielen von Filmen, insbesondere von politischen und kommerziellen Gratis-Filmen, muß in unseren Jugendgemeinschaften unterbleiben;
- wir müssen selbst Filme machen, um beim praktischen Erproben dieses Mittels unser filmkundliches Wissen zu erweitern und zu vertiefen;
- wir müssen den Kontakt mit jungen Filmschaffenden suchen, ihnen Einblicke in die Lage der Jugend verschaffen und sie so befähigen, lebensechte Filme zu schaffen.

Alle unsere Bemühungen um den guten Film geschehen in der Absicht, nicht nur die Mitglieder unserer Gruppe, sondern die gesamte Jugend an den wertvollen Film heranzuführen und sie zu eigenem kritischen Urteil zu befähigen.



Gottfried Salomon-Delatour, **Politische Soziologie**. F.-Enke-Verlag, Stuttgart 1959. 261 S., geh. DM 23,-; geb. DM 26,-.

Wer von einer „politischen Soziologie“ eine auf empirischem Material fußende Analyse der Zusammenhänge zwischen politischen Institutionen und Prozessen einerseits und sozial-kulturellen Entwicklungen andererseits — etwa der Neuzeit — erwartet, wird bereits das Inhaltsverzeichnis dieses Buches mit Erstaunen durchsehen. Der Rahmen, den sich Salomon-Delatour für seine Analyse gesteckt hat, ist weiter gezogen und nimmt eine Fülle von kulturhistorischen und sozialgeschichtlichen Reflexionen auf, deren Material die Geschichte der politischen Ideen schlechthin ist. Dieser thematische Rahmen nun wird mit häufig überraschenden geschichtsphilosophischen Kombinationen bis zum Bersten gefüllt. Ausgehend von der These, daß das „Glauben als Grundlage der Politik“ zu verstehen sei, entwirft der Verfasser ein faszinierendes und detailreiches Bild von der Geschichte der „theologischen, mythologischen und ideologischen Voraussetzungen“, die das „Essentielle der politischen Existenz“ bestimmen. Der erste Teil des Buches ist dem Staat gewidmet, dessen Verhältnis zur Gesellschaft unter den Kategorien Herrschaft und Genossenschaft begriffen wird. An eine Analyse der Staatsideen und Staatsformen schließt sich eine — gelegentlich etwas willkürlich anmutende — Zusammenstellung von Reflexionen über „Verfassung und Verwaltung“ und die „Parteienlehre“ an, die freilich mit dem Verzicht auf Systematik zugleich die Freiheit zu geistvoll-kombinatorischen Formulierungen einkauft: so etwa, wenn in dem

Abschnitt „Verfassung und Verwaltung“ der Zwischentitel „Der gentleman und der Mandarin“ auftaucht, oder wenn in der „Parteienlehre“ davon die Rede ist, daß das „19. Jahrhundert die Welt (und damit auch den Staat) als ein historisches und soziales Schauspiel“ begriffen habe.

Der Schwerpunkt des Buches liegt zweifellos in seinem 2. Teil, in dem drei Modalitäten der religiösen Rechtfertigung politischer Herrschaft unterschieden werden. Dem Monotheismus — so lautet die These — entspricht die Rechtfertigung theokratisch-patriarchalischer Herrschaftsvorstellungen, dem Polytheismus die Rechtfertigung mythologischer Herrschaftsideale, dem prinzipiellen Atheismus die Rechtfertigung eines ideologischen Scheins, der die im Staatsgebilde gipfelnde Macht überhöht. In glänzenden Formulierungen wird das Verhältnis der katholischen Kirche und der protestantischen Kirche zu Staat und Herrschaft verfolgt; insbesondere die Abschnitte über „die lutherische Kirche und die Ständeordnung“ und „die preußische Kirchenpolitik“ verlangen die Aufmerksamkeit des Sozialethikers. Was in nicht minder geschliffenen Formulierungen über den Marxismus gesagt wird, insbesondere über sein Verhältnis zum Atheismus und zum Phänomen der Arbeit, könnte ohne Übertreibung als ein Kabinettstück der — in einem guten Sinne — sozialphilosophischen Spekulation bezeichnet werden. Wenn in den abschließenden Betrachtungen über den „Imperialismus“ und die „Neue Welt“ wiederum ein gewisser Mangel an systematischer Strenge auffällt, so vermag dies die Bedeutung des Buches im ganzen in keiner Weise abzuschwächen: zu leicht gerät ja in der systematischen Strenge wissenschaftlicher Analyse jener Aspekt aus dem Blickfeld, den Salomon-Delattre als für sich verbindlich erklärt; nämlich, daß „die Freiheit des Denkens darin besteht, Gegenteil und Möglichkeit zu begreifen“ (S. 249).

Joachim Matthes

„Wo ist Sicherheit?“ Eine Vortragsreihe des Süddeutschen Rundfunks mit Beiträgen von Achinger, Bogs, Bornkamm, Freyer, Hartlaub, Hofstätter, Hubatsch, Möller, Muthesius, Weisser. Alfred-Kröner-Verlag, Stuttgart 1960. 155 S., DM 6,-.

Dieser Band der Taschenausgaben des Kröner-Verlages (Nr. 322) gibt eine Vortragsreihe des Heidelberger Studios des Süddeutschen Rundfunks wieder. Der schillernde sozialpolitische Leitsatz von der „sozialen Sicherheit“ wird von sehr

bekannten Sozialpolitikern, Sozialpsychologen und Soziologen auf seine Aussagekraft und Realisierungschancen untersucht. In einem einleitenden Essay fragt Hofstätter nach dem Verhältnis von Sicherheit und Wahrscheinlichkeit, wobei er vom Gottesbeweis des Blaise Pascal ausgeht. Während Möller die Frage nach der Möglicheiteigenverantwortlicher Vorsorge für den Bereich der Privat- und Sozialversicherung durchaus positiv beantwortet, führt Achinger in bestechend einfachen Formulierungen seine Überlegungen zum Prozeß der Einkommensumverteilung zu dem Ergebnis, daß, „was der eine bekomme, der andere missen“ müsse. Leider bleibt die von ihm selbst am Schluß gestellte Frage, was denn aus den laufenden jährlichen „Gewinnen an Produktivität“ werde, unbeantwortet. Muthesius unterstreicht das Erfordernis der Sozialverwaltung für die entwickelte Industriegesellschaft, ohne freilich den strukturellen Gefahren der „verwalteten Sicherheit“ im einzelnen nachzugehen, wie das etwa Achinger in seinem hervorragenden Referat auf dem 14. Deutschen Soziologentag 1960 in Berlin getan hat. Freyer untersucht die gewandelte Sicherungsfunktion der Familie im heutigen gesellschaftlichen Gefüge, Bogs die Sicherung der Freiheit im sozialen Rechtsstaat. Weisser läßt keinen Zweifel daran, daß die Parole von der „sozialen Sicherheit für alle“ und ihre Verwirklichung in den sich immer mehr durchzusetzenden Systemen der sozialen Sicherung deutlich zu unterscheiden ist vom „versorgungsstaatlichen Denken“, das „in der Tat abgelehnt“ werden solle. Warum, wird freilich im einzelnen nicht entfaltet. Hubatsch, Hartlaub und Bornkamm führen abschließend die Überlegungen zum Thema Sicherheit über den engeren sozialpolitischen Umkreis wieder hinaus, wobei insbesondere die theologischen Erörterungen Bornkamms über die Frage „Sicherheit im Glauben?“ zu erwähnen sind. — Dieses kleine Buch ist eine in jeder Hinsicht „handliche“ Informationsquelle, die als solche für den Praktiker der Sozialarbeit unentbehrlich ist.

Joachim Matthes

Ernst Ell, Erziehung — mit Maß und Ziel. Lambertus-Verlag, Freiburg 1959. 260 S. (Sozialpädagogische Beiträge der Zeitschrift Jugendwohl. Band 1.)

Für dieses Buch genügt ein kurzer empfehlender Hinweis. Erziehungsbücher eines Fachmannes aus christlichem Geist sind heute keine Seltenheit mehr. Das Buch

ist — wie meist heute — aus Zeitschriftenaufsätzen zusammengestellt, wodurch manche Abschnitte etwas zufällig zusammengestückt erscheinen. Das Wertvollste ist ohne Zweifel der erste Teil: „Allgemeine Erziehungsthemen“, wo Ell mit leidenschaftlichem Ernst, mit dem ganzen Gewicht seiner vielfältigen und gründlich verarbeiteten praktischen Erfahrung und aus der Tiefe seines katholischen Glaubens anthropologisch Wesentliches zu sagen hat.

Helmut Seiffert

Herbert von Beckerath, Großindustrie und Gesellschaftsordnung. Industrielle und politische Dynamik. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, und Polygraphischer Verlag AG., Zürich 1954. 278 S., brosch. DM 16,80; Ln. DM 19,60.

Peter Atteslander, Konflikt und Kooperation im Industriebetrieb. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1959. 341 S., Ln. DM 32,-.

B. G. Gardner und D. G. Moore, Praktische Menschenführung im Betrieb. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1957. 269 Seiten.

Das Erfordernis der Bewältigung der sozialen und psychischen Probleme, die sich im Zusammenhang der modernen Großindustrie nach innen und außen stellen, hat zu einer Überflutung des Büchermarktes mit Werken und Schriften geführt, deren Gewicht und Bedeutung nicht nur unterschiedlich ist, sondern auch mit Fug und Recht nach den Gesichtspunkten von Weiterführung und Irreführung zu beurteilen ist. Da sich gerade die der letzteren Kategorie zuzurechnenden Titel wegen ihrer Einfachheit in Darstellung und Sprache einer verbreiteten Wertschätzung erfreuen, sollte mit Nachdruck auf die obengenannten drei Titel hingewiesen werden, die den Vorzug der Klarheit und Übersichtlichkeit mit einer profunden Ausbreitung der komplizierten Probleme der industriellen Arbeitswelt verbinden.

Beckerath nähert sich diesen Problemen unter dem Aspekt des Volkswirtschaftlers, der insbesondere die Entwicklung der amerikanischen Industrielwirtschaft sorgfältig beobachtet hat. In den ersten drei Teilen seines Buches verfolgt er die Entwicklungsphasen der Großindustrie von den ersten Stadien der industriellen Revolution bis zum Heraufkommen des industriellen Wohlfahrtsstaates seit 1914 und setzt dabei den Akzent vor allem auf die

Struktur-Verwandlungen des Kartellwesens und auf die Zusammenhänge von Industrie und Politik. Sodann wendet er sich systematischen Überlegungen zu und untersucht die strukturellen Probleme der „industriellen Einheiten“ Unternehmung und Betrieb, insbesondere die „rationale Anordnung des Betriebs- und Arbeitsganges“ und das „Verhältnis von Betriebspersonal und Betriebsleitung“. Das eigentliche Zentrum seines Buches aber ist die materialreiche Studie des fünften Teiles über die industrielle Marktorganisation. Materialversorgung, Arbeitsmarkt, Kapitalversorgung und Absatzmarkt werden knapp und präzise in ihrem Eigengewicht wie in ihren wechselseitigen Beeinflussungen dargestellt. Der sechste Teil schließlich wendet sich den Gegenwartsproblemen staatlicher Eingriffe in die Industrielwirtschaft zu. Ohne jede Verhaftung an wirtschaftsideologische Positionen werden die Tatbestände der „liberalistischen Intervention“ und der staatlichen Antimonopolpolitik in den USA und Europa erhoben und mit der — gegenüber den Zeiten der industriellen Revolution gewandelten — Stellung der Industrie im entstehenden Wohlfahrtsstaat konfrontiert. Wenn freilich zum Schluß davon die Rede ist, daß „Betriebsgemeinschaft“ und „Betriebsdisziplin“ notwendig seien, um einen „Untergang“ der Industrie zu verhindern, — oder wenn die Möglichkeiten des Mitbestimmungsrechtes im Vergleich zur „Unmöglichkeit einer demokratischen Armeeführung“ gesehen werden, so bleibt beim Leser der unerfüllte Wunsch zurück, daß gerade diese aktuellen Gestaltungsprobleme im Bereich der Großindustrie einen breiteren Raum und eine ähnlich differenzierte Analyse wie etwa die der Marktorganisation hätten erhalten müssen. Stehen bei Beckerath die volkswirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Aspekte der Großindustrie im Vordergrund, so wendet sich Atteslander vor allem den innerbetrieblichen zu — womit die nicht immer zureichend abgewehrte Gefahr verbunden ist, die Einwirkung makrosoziologischer Faktoren auf den Betrieb aus dem Blick zu verlieren. Der erste und der dritte Teil des Buches sind einer darstellenden und kritischen Würdigung der modernen Betriebssoziologie gewidmet, deren Problemgeschichte und Begriffsinstrumentarium übersichtlich geordnet und in eine auf die betrieblichen Erfordernisse zugeschnittene Anweisung zu „betrieblicher Forschungsstrategie“ übergeführt werden. Letzteres ist in dieser Weise in kaum einer anderen betriebssoziologischen Veröffentlichung zu finden. Der zweite Teil bringt dann eine Reihe von

Forschungsberichten verschiedener Autoren zum Thema „Konflikt und Kooperation“. Diese Berichte verdienen besondere Beachtung. W. F. Whyte untersucht die Beziehungen zwischen Betriebsleitung und Betriebsgewerkschaft an Beispielen aus den USA auf typische „Interaktionsmuster“ und stellt dabei eine Fülle von Beobachtungen an, die durchaus auch auf außer-amerikanische Bereiche übertragbar sind. So etwa, wenn es um Phänomene einer „betrieblichen Politik der Stärke“ oder der Entfremdung zwischen Gewerkschaftsführern und Arbeiterschaft geht. Fräulein Fürstenberg untersucht die Stellung des „Betriebsrates im Spannungsfeld der industriellen Arbeitsbeziehungen“ (in Deutschland), Hans Biäsch die „Arbeiterkommissionen als Institutionen des Arbeitsfriedens“ (in der Schweiz), Guy Lajoie die betriebliche Beschwerdewesen (in Frankreich). Alle diese Einzelanalysen bieten zahlreiche Anregungen und Einsichten, die von jedem, der mit Problemen der industriellen Arbeitswelt befaßt ist, sorgfältig durchgearbeitet werden sollten.

Von den drei hier genannten Büchern kommt das von Gardner und Moore am nächsten an die unmittelbaren praktischen Fragen der Betriebsgestaltung heran. Damit wächst zugleich die Gefahr, die größeren Zusammenhänge aus dem Blick zu verlieren und sich den populären „Techniken des human engineering“ anzunähern. Wenngleich diese Gefahr mehr als einmal sichtbar wird (so etwa, wenn von der betriebssoziologischen Forschung gefordert wird, ihr „unmittelbarer Zweck“ habe „die Erhöhung der Leistungsfähigkeit und Produktivität“ und die Entwicklung einer Gesellschaft zu sein, die „uns Amerikanern wünschenswert erscheint“ — S. 21/22), so erliegt ihr die Untersuchung doch im ganzen nicht. Darstellung und Analyse bleiben an den Sachfragen orientiert und nüchtern in der Einschätzung der Probleme und im Stil. Ausgehend von einer „Anatomie“ des modernen Industriebetriebes als eines sozialen Gebildes führt der Weg der Überlegung über eine Analyse der betrieblichen Mitteilungskanäle in eine detaillierte Darstellung der einzelnen Betriebspositionen und -funktionen (Meister, Betriebsleiter, Direktor usw.) und ihrer spezifischen menschlichen Probleme. Zahlreiche Einzelfragen schließen sich an, so etwa das Problem des „Vorwärtstommens“ im Betrieb, des Gewichts persönlicher Krisen für die Arbeitsorganisation, der Methoden der Personalberatung usw. Es mag kennzeichnend sein für die starke Orientierung dieser Untersuchung an den amerikanischen

Verhältnissen, daß der abschließende Teil den betrieblichen Führungsproblemen in der Sicht der Unternehmensleitung gewidmet ist, ohne daß die für die deutschen Verhältnisse typischen Fragen der Mitbestimmung überhaupt zur Sprache kommen. Doch dieser, für den deutschen Leser zunächst empfindliche Mangel dieses Buches schmälert nicht den Wert seiner exakten und empirisch fundierten Darlegungen, deren letzter Gesichtspunkt jeweils das Herankommen an die „Probleme des arbeitenden Menschen“ ist, nicht nur im Bereich der industriellen Produktion, sondern auch in Großbetrieben des Dienstleistungssektors.

Joachim Matthes

Franz Pöggeler und Jochen Schmauch, Freiheit der Bildung — Freiheit der Erwachsenen. Verlag A. Fromm, Osnabrück 1959. 95 Seiten.

Das Bändchen besteht aus den beiden Beiträgen von Pöggeler: „Freiheit und Bindung der Erwachsenenbildung“ (S. 9 bis 46) und von Schmauch: „Soziologische Aspekte zur Freiheit der Erwachsenen“ (S. 49 ff.). Diese Besprechung soll sich bewußt auf den Beitrag Franz Pöggeler beschränken, um sich auf knappem Raum um so intensiver mit den Ausführungen dieses bedeutenden katholischen Erwachsenenbildners auseinandersetzen zu können.

Wir finden bei Pöggeler zwei Hauptteile: „Zur Geschichte des Problems“ und „Notwendiger Neuansatz einer theoretischen Begründung von Freiheit und Bindung der Erwachsenenbildung“. Mit den Ergebnissen des historischen Teils kann man nicht nur als evangelischer Christ, sondern auch als „freier“ Erwachsenenbildner weithin übereinstimmen, wenn man einigermaßen versteht, worum es heute wirklich geht. In der Tat ist der Gegensatz zwischen sogenannter „freier“ (d. h. humanistisch-bürgerlicher oder liberal-sozialistischer) und „gebundener“ (d. h. „konfessioneller“) Erwachsenenbildung heute völlig überholt, da nämlich auch die „konfessionelle“ Erwachsenenbildung (etwa in katholischen oder, was uns hier natürlich mehr interessieren muß, evangelischen Akademien) von der Freiheit eines Christenmenschen getragen sein kann, sowohl hinsichtlich der Aufgeschlossenheit dem Äußern anderer Meinungen gegenüber als auch vor allem hinsichtlich der Freiheit des Denkens der christlichen Erwachsenenbildner selber. Andererseits kann die sogenannte „freie“ Erwachsenenbildung sehr eindeutig „gebunden“ sein,

sei es geistig an eine humanistisch-liberalistische oder sozialistisch-freidenkerische Ideologie oder institutionell an kommunale oder Verbandsinstanzen, deren Einflußnahme nicht weniger massiv sein muß als die der Kirchenregierung in „konfessionellen“ Einrichtungen.

In allen Lagern wird man daher folgenden Sätzen Pöggeler's zustimmen können: „Die Freiheit der VHS [= Volkshochschule] liegt nicht darin, Schule der grauen Konfession, Mutterhaus der Akonfessionellen zu sein, sondern Schule der Wahrheit, des ehrlichen Suchens und Bekenkens, Schule des vollen Lebens für alle, die dazu willens sind. Volkshochschulen sind Bekenntnisschulen der pluralistischen Gesellschaft, also Stätten jedweden Bekenntnisses, das der demokratische Staat toleriert. Werden sie so verstanden, anerkennen wir sie als Stätten freier Erwachsenenbildung. Wohl in diesem Sinne darf H. Beckers Satz verstanden werden: ‚Freie Erwachsenenbildung heißt nicht liberale Erwachsenenbildung im Sinne des alten Liberalismus, sondern ein Ernstnehmen der verschiedenen religiösen Positionen, wie es heute für jeden notwendig ist, der selbst einen Standort hat oder sucht.‘“ (S. 34 bis 35.)

Es dürfte ein großer Erfolg der Verständigung in erwachsenenbildungspolitischen Dingen sein, daß Pöggeler so sprechen und daß er eine Formulierung Hellmut Beckers in dieser Frage so ausdrücklich akzeptieren kann.

Um so problematischer steht es nun freilich mit dem, was P. als Aufgabe katholischer Erwachsenenbildung präzisiert. Es wird hier leider deutlich, daß sich hinter der auch im katholischen Raum üblich gewordenen Formel vom „mündigen Erwachsenen“ nach wie vor der Anspruch auf klerikale Bevormundung maskiert. Man lese etwa den Satz: „Wo immer der gläubige Katholik an Bildung in Mündigkeit teilhat, ist er an seinen Glauben gebunden. Zu dieser Bindung hat er sich frei entschlossen [!]; denn mag ihm dieser Glaube auch von den Eltern anerzogen sein — er hätte ihn ja im Zeitpunkt des Mündigwerdens abwerfen können“ (S. 38). Gewiß — formaliter kann der Katholik sich frei entscheiden; — vorher aber sorgt eine rigorose Kirchenzucht (Mischehen!) dafür, daß diese freie Entscheidung nur wenigen, so mutigen wie selbständig denkenden Menschen überhaupt noch möglich ist! Was P. die „Mündigkeit“ des katholischen Erwachsenen nennt, ist in Wahrheit das bewußt intendierte Ergebnis einer zielbewußten „weltanschaulichen“ Ausrichtung, wie sie evangelischem Verständnis fremd sein muß.

Ähnliche Bedenken habe ich gegenüber P.s in ihrer paradoxen Geschliffenheit zunächst verblüffenden These, daß „in der außerkirchlichen Bildungsarbeit“ der Zweifel, der gewiß auch zum Glauben gehöre, gern intellektualistisch-snobistisch „proviziert“ (S. 39), ja „zementiert“ (S. 40) werde. Hier wird angenommen, der Zweifel sei etwas, über das der Mensch willkürlich verfüge, er zweifelte nur zum Spaß, könne es aber, wenn es sein müßte, auch lassen. Der Mensch kann aber seinem Problembewußtsein nicht einfach entfliehen; eine Frage, die da ist, läßt sich nicht wieder entfernen, verlorene Unschuld nicht zurückholen. Es wäre interessant, einmal einen konkreten Beleg für solche „Koketterie mit dem Zweifel“ (S. 39) zu bekommen.

Vermutlich würde sich dann herausstellen, daß nur mangelndes Problembewußtsein echte Zweifel des anderen als „Koketterie“ ansieht; vieles, was einem gläubigen Katholiken kein Problem sein mag, ist es anderen Leuten durchaus!

Ein Kabinetstück katholischer Auffassung von der „Mündigkeit des Menschen“ und in seiner Pointiertheit sehr instruktiv ist folgender Satz: „Für den Christen ist es kein Verlust, auf Lektüre und Besprechung von ‚Bonjour tristesse‘ ... zu verzichten“ (S. 41).

Hier wäre zweierlei zu fragen:

1. Woher weiß ein katholischer Christ überhaupt, ob bzw. daß ein Buch unsittlich ist? Antwort: 1.: Es ist auf dem Index; oder 2.: Er hat es selbst gelesen; oder 3.: Der Pfarrer sagt, es sei unsittlich (dann muß er's gelesen haben oder den Index kennen); 4.: Nichtkatholiken kennen es. 2. Und damit sind wir schon bei der zweiten Frage: Setzt nicht, wer sagt, ein gläubiger Katholik dürfe unsittliche Bücher nicht lesen, damit „christlich“ und „moralisch“ gleich? Verkennt er nicht völlig, daß auch der Nichtchrist moralische Maßstäbe hat? Es ist eine Beleidigung des Nichtchristen, ihm zu unterstellen, er sei moralisch weniger qualifiziert als der Christ. Stimmt denn das wirklich? Hat nicht z. B. auch ein atheistischer Bibliothekar eine innerweltlich-sittliche Verantwortung, die es ihm verbietet, „unsittliche“ Bücher unter die Leute zu bringen?

Und umgekehrt: Wenn der Christ ein Buch als „unsittlich“ ablehnt, das ein — zufällig nicht christlicher, aber sachverständiger — Literaturkenner positiv beurteilt, muß sich dann der Christ nicht entgegenhalten lassen, sein angebliches „sittliches Bewußtsein“ sei vielleicht nur Wertblindheit, mangelndes Verständnis für künstlerische Qualitäten?

Nach solchen unerfreulichen Seiten stimmt dann der Schluß wieder versöhnlich, wo es u. a. heißt: Man [d. h. die „freie“ und die kirchliche Erwachsenenbildung] müßte ... sich an den vielgerühmten runden Tisch setzen. Die sachliche Ernstnahme beginnt mit der vorhergehenden menschlichen. Die Standpunkte haben sich geklärt; keine Seite braucht zu fürchten, im unklaren zu sein. Also kann ein offenes Gespräch beginnen, das hart zu werden verspricht, aber fair werden muß. Wir warten auf die Chance dieses Gesprächs. Es gehört zur Freiheit der Bildung, sich von Vorurteilen frei zu machen, um in dieses Gespräch eintreten zu können“ (S. 45 bis 46). Dem ist nur zuzustimmen, auch hinsichtlich der pointierten Adressierung an die „freie“ Erwachsenenbildung. Die bange Frage bleibt nur: Was käme bei diesem Gespräch heraus? Wer würde zuerst „aushaken?“ Und die Frage an uns selbst: Würden wir, als evangelische Christen, dann die Freiheit aufbringen können, freier zu sein als „Freie“ und Katholiken ...?

Helmut Seiffert

Wichtige Neuerscheinungen

(aus der Deutschen Bibliographie von März bis Juni 1961)

Die Rezension von Büchern, die noch nicht besprochen wurden, bleibt vorbehalten.

Religion, Theologie

Theologie heute. 14 Vorträge aus der Sicht der beiden Konfessionen. Eine Vortragsreihe des Bayerischen Rundfunks. Herausgegeben von Leonhard Reinisch. Beck-Verlag, München 1960. X, 210 Seiten, Lw. DM 7,80.

Walter Tebbe, **Auftrag und Alltag des Pfarrers.** Ein modernes Decorum pastorale. Furche-Verlag, Hamburg 1960. 182 S., Lw. DM 12,80.

Gregor Siefer, **Die Mission der Arbeiterpriester, Ereignisse und Konsequenzen.** Ein Beitrag zum Thema: Kirche und Industriegesellschaft. Driewer-Verlag, Essen 1960. 335 S., Lw. DM 24,80.

Jacques Loew, **Tagebuch einer Arbeitermission.** Aus dem Französischen übersetzt von Toni Ronstadt. Matthias-Grünwald-Verlag, Mainz 1960. 355 S., Lw. DM 16,80.

Philosophie, Psychologie

René Ahlberg, **„Dialektische Philosophie“ und Gesellschaft in der Sowjetunion.** Harrassowitz-Verlag, Wiesbaden 1960. 135 S., kart. DM 18,-.

Peter Ehlen, **Der Atheismus im dialektischen Materialismus.** Verlag A. Pustet, München 1961. 228 S., Lw. DM 13,80.

Walter Beck, **Grundzüge der Sozialpsychologie.** Verlag J. A. Barth, München 1960. 175 S., engl. brosch. DM 16,20.

Arnulf Rüssel, **Arbeitspsychologie.** Verlag Huber, Bern und Stuttgart 1960. 384 S., Lw. DM 34,80.

Erkenntnis und Verantwortung. Festschrift für Theodor Litt, herausgegeben von Josef Derbolav und Friedhelm Nicolai. Schwann-Verlag, Düsseldorf 1960. 483 S., 16 S. Beilage, Lw. DM 40,-.

Ortega y Gasset, José, **Der Aufstand der Massen.** Aus dem Spanischen übersetzt von Helene Weyl. Rowohlt-Verlag, Hamburg 1960. rowohlts deutsche enzyklopädie Nr. 10. 157 Seiten, kart. mit Lw.-Rücken DM 2,20.

Dolf Sternberger, **Begriff des Politischen.** Insel-Verlag, Frankfurt (Main) 1961. engl. brosch. DM 5,50.

Heinrich Weinstock, **Die Tragödie des Humanismus.** Wahrheit und Trug im abendländischen Menschenbild. Verlag Quelle & Meyer, Heidelberg 1960. 362 Seiten, Lw. DM 22,-.

Gerhard Dicke, **Der Identitätsgedanke bei Feuerbach und Marx.** Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1960. 210 S., Lw. DM 18,50.

Theodor Litt, **Hegel.** Versuch einer kritischen Erneuerung. Verlag Quelle & Meyer, Heidelberg 1961. 313 Seiten, Lw. DM 24,50.

Recht, Verwaltung, Gesetzestexte

Leo G. Pünnel, **Was man vom Arbeitsrecht wissen sollte.** Verlag Butzon & Bercker, Kvelaer 1960. 175 S., kart. DM 3,80.

Georg Herold und Rudolf Opitz, **Die betriebliche Altersversorgung unter rechtlichen und steuerlichen Gesichtspunkten.** Haufe-Verlag, Freiburg/Br. 1959. 53 S., brosch. DM 4,-.

Das Bundesbaugesetz vom 23. Juni 1960. Textausgabe mit Erläuterungen für die Praxis. Verlag R. Müller, Köln 1961. 142 S., kart. DM 8,80.

Hans-Eckart Reinicke, **Die Gemeinde und ihre Ordnung.** Schwartz-Verlag, Göttingen 1960. 80 S., kart. DM 3,60.

BAT. Bundes-Angestellten-Tarifvertrag (Bund, Länder, Gemeinden) vom 23. Febr. 1961. Werner-Verlag, Düsseldorf 1961. 191 S., kart. DM 4,80.
Horst Peters, Theodor Sautter und Richard Wolff, Kommentar zur Sozialgerichtsbarkeit. Kohlhammer-Verlag, Stuttgart 1960. Loseblatt-Ausgabe Nachtrag 7. 320 S., DM 22,40.

Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Herbert Czaja, Wie kommt man zu einem Familienheim? Herausgegeben vom Deutschen Volksheimstättenwerk. Mit Anhang: Gesetzestexte. Domus-Verlag, Bonn 1960. 198 S., kart. DM 6,90.

Erich Preiser, Bildung und Verteilung des Volkseinkommens. Aufsätze zur Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1961. 433 S., Lw. DM 24,-.

Ralf Dahrendorf, Homo sociologicus. Ein Versuch zur Geschichte, Bedeutung und Kritik der Kategorie der sozialen Rolle. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1961. 70 S., engl. brosch. DM 4,80.

Heinrich Gellings, Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Verlag Butzon & Bercker, Kevelaer 1960. 79 S., kart. DM 2,20.

Alva Myrdal und Viola Klein, Die Doppelrolle der Frau in Familie und Beruf. Aus dem Englischen übersetzt von Ursula Schroth-Pritzel. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln und Berlin 1960. 266 S., Lw. DM 19 80.

Vom Wert des Geldes. Eine Vortragsreihe mit Beiträgen von Horst Jecht u. a. Kröner-Verlag, Stuttgart 1961. Kröners Taschenausgabe Bd. 257. 186 S., Lw. DM 6,-.

Menschenwürdige Gesellschaft. Nach katholischer Soziallehre, evangelischer Sozialethik, demokratischem Sozialismus. Verlag R. Müller, Köln 1960. 299 S., kart. DM 6,80.

Dietrich Storbeck, Arbeitskraft und Beschäftigung in Mitteldeutschland. Eine Untersuchung über die Entwicklung des Arbeitskräftepotentials und der Beschäftigung von 1950 bis 1965. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1961. 104 S., kart. DM 12,-.

Irene von Reitzenstein, Solidarität und Gleichheit. Ordnungsvorstellungen im deutschen Gewerkschaftsdenken nach 1945. Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1961. Soziologische Abhandlungen H. 2. 217 S., kart. DM 22,80.

Sozialpolitik aus evangelischer Verantwortung. Grundgedanken des Arbeitskreises für Wirtschafts- und Sozialpolitik

der Hermann-Ehlers-Gesellschaft. Hrsg. von Friedrich Kühn. Kreuz-Verlag, Stuttgart 1960. 45 S., kart. DM 2,50.

Industrielle Sonntagsarbeit. Mit Beiträgen von Werner Reiser u. a. Falmberg-Verlag, Zürich und Stuttgart 1960. Reihe „Information“ H. 15. 96 S., kart. DM 3,50.

Gabriele Bremme, Freiheit und soziale Sicherheit. Motive und Prinzipien sozialer Sicherung, dargestellt an England und Frankreich. Mit einem Vorwort von Hans Achinger. Ferdinand-Enke-Verlag, Stuttgart 1961. XV, 262 S., kart. DM 29,-.

Das Dorf im Spannungsfeld industrieller Entwicklung. Untersuchung an den 45 Dörfern und Weilern einer westdeutschen ländlichen Gemeinde. Von Gerhard Wurzbacher unter Mitarbeit von Renate Pflaum u. a. Mit einem internationalen Vergleich von Conrad M. Arensberg. Ferdinand-Enke-Verlag, Stuttgart 1961. XII, 307 S., Lw. DM 26,50.

Wolfgang Kellner, Der moderne soziale Konflikt. Seine Ursache und seine Überwindung im Betrieb. Ferdinand-Enke-Verlag, Stuttgart 1961. VIII, 252 S., Lw. DM 26,50.

Die ökonomische Lage der Familie in der Bundesrepublik Deutschland. Tatbestände und Zusammenhänge. Von Helga Schmucker, Hermann Schubnell u. a. Ferdinand-Enke-Verlag, Stuttgart 1961. 108 S., kart. DM 16,-.

Ludwig Neundörfer, Die Angestellten. Neuer Versuch einer Standortbestimmung. Ferdinand-Enke-Verlag, Stuttgart 1961. XVII, 160 S., 18 Abb. und 58 Tabellen, kart. DM 23,-.

Bruno Moll, Gerechtigkeit in der Wirtschaft? Kritische Analyse der volkswirtschaftlichen Verteilung. Eine theoretisch-soziologische Studie. Bouvier, Bonn 1961. XV, 86 S., kart. DM 7,50.

Herbert Gross, Neue Ideen in der Wirtschaft. Schlaglichter auf Wandlungen in Produktion, Vertrieb und Unternehmensführung. Econ-Verlag, Düsseldorf 1960. 330 S., Lw. DM 16,80.

Die sozialen Rundschreiben. Leo XIII.: Über die Arbeiterfrage (Rerum novarum). Pius XI.: Über die gesellschaftliche Ordnung (Quadragesimo anno). Mit Erläuterungen von Paul Jostock. Herder-Verlag, Freiburg/Br. — Basel — Wien 1961. VII, 180 S., kart. DM 4,80.

Henry Lillich und Rolf Schweizer, Menschen am Arbeitsplatz. Perspektiven des modernen Betriebslebens. Furche-Verlag, Hamburg 1960. Furche-Bücherei Nr. 188. 46 S., Pp. DM 2,40.

Walter Molt, Sie hungern nach Brot und Freiheit. Ein Situationsbericht über die Entwicklungsländer. Main-Verlag, Frankfurt/M. 1960. 229 S., Lw. DM 15,80.

Friedrich Fürstenberg, Wirtschaftssoziologie. Verlag Walter de Gruyter, Berlin 1961. 122 S., kart. DM 3,90.

Ordo. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft. Hrsg. von *Franz Böhm, Friedrich A. Lutz und Fritz W. Meyer*. Bd. 12. Verlag Küpper, vorm. Bondi, Düsseldorf und München 1961. XLVIII, 484 S., Lw. DM 45,80.

Harry Schleicher, Das System der betrieblichen Selbstverwaltung in Jugoslawien. Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1961. 465 S., kart. DM 48,-.

Ausländische Arbeitskräfte in Deutschland. Hrsg. vom Hessischen Institut für Betriebswirtschaft. Econ-Verlag, Düsseldorf 1961. 222 S., kart. DM 12,80.

Otto A. Friedrich, Das Leitbild des Unternehmers wandelt sich. Seewald-Verlag, Stuttgart 1959. 40 S., kart. DM 2,80.

Politik, Geschichte,
Volkskunde

Eugen Rosenstock-Huussy, Die europäischen Revolutionen und der Charakter der Nationen. Kohlhammer-Verlag, Stuttgart 1961. 583 S., Lw. DM 36,-.

Oscar Cullmann, Der Staat im Neuen Testament. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1961. VIII, 92 S., kart. DM 8,80.

Fritz Sänger, Grundsatzprogramm der SPD. Kommentar. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin und Hannover 1960. 140 S., kart. mit Lw.-Rücken DM 7,80.

Europa. Sein Wesen im Bild der Geschichte. Einleitung: *Carl J. Burckhardt*, Nachwort: *Friedrich Heer*. Verlag Scherz,

Bern, Stuttgart, Wien 1960. 278 S. mit Abb., Lw. DM 58,-.

Gerhard Schoenberger, Der gelbe Stern. Die Judenverfolgung in Europa 1933 bis 1945. Verlag Rütten & Loening, Hamburg 1960. 223 S., Pp. DM 16,80.

Ludwig Bergsträsser, Geschichte der politischen Parteien in Deutschland. Olzog-Verlag, München 1960. 363 S., Lw. DM 19,80.

Rainer Barzel, Karl Arnold. Grundlegung christlich-demokratischer Politik in Deutschland. Eine Dokumentation. Mit einem Vorwort von *Heinrich Lübke* und einem Geleitwort von *Konrad Adenauer*. Betro-Verlag, Bonn 1960. 248 S.

Leo Trotzki, Tagebuch im Exil. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln und Berlin 1960. 255 S., Lw. DM 16,80.

Dokumente der Menschlichkeit aus der Zeit der Massenaustreibungen. Zusammengestellt von *Karl O. Kurth*. Holzner-Verlag, Würzburg 1960. XXVIII, 342 S., Lw. DM 9,80.

Erziehung, Jugendpflege

Hans Heinrich Muchow, Sexualreife und Sozialstruktur der Jugend. Verlag Rowohlt, Hamburg 1960. rowohlts deutsche enzyklopädie Nr. 94. 164 S., kart. mit Lw.-Rücken DM 2,20.

Theodor Litt, Der lebendige Pestalozzi. Drei sozialpädagogische Besinnungen. Verlag Quelle & Meyer, Heidelberg 1961. 79 S., engl. broschiert DM 5,40.

Helmut Schelsky, Anpassung oder Widerstand. Soziologische Bedenken zur Schulreform. Verlag Quelle & Meyer, Heidelberg 1961. 186 S., kart. DM 10,50.

Leserstimmen

Einheitsgewerkschaft

„Man hat ein ungutes Gefühl, wenn man an der Arbeit eines inzwischen Verstorbenen Kritik übt. Aber, wer sich publizistisch betätigt, wird damit rechnen müssen, daß die Diskussion vor dem Tode nicht halt macht.“

Ganz und gar unmöglich finde ich den Satz auf Seite 163 der MITARBEIT 4/61: „Die evangelischen Christen von der Heiligen Schrift her gebotene Zusammenarbeit von Christen und Nichtchristen in welt-

lichen Ordnungen ist der theologische Grund, daß die evangelische Sozialarbeit auch bei den Betriebsrätewahlen für eine einheitsgewerkschaftliche Liste zumindest für die Gruppe der Arbeiter eintritt.“ Die Frage, ob Gruppenwahl oder Gemeinschaftswahl zum Betriebsrat, ist eine rein wahltaktische, die man jeweils nach den Gegebenheiten im Betrieb beantworten sollte. Man sollte daraus keine Weltanschauungsfrage machen und dafür nicht die Heilige Schrift bemühen. Gewisse Kreise der evangelischen Kirche

haben eine langsam ärgerliche Einheitsgewerkschafts-Ideologie aufgebaut, um derentwillen dann solche Verkrampfungen entstehen. Frankl's Forderung: „Es wäre besser, wenn nur die Gewerkschaftsmitglieder im Betrieb das Wahlrecht hätten“, verstößt nicht nur gegen das Grundgesetz; sie ist auch sonst eine rechte Zumutung. Ich war viele Jahre Betriebsratsvorsitzender eines nicht unbedeutenden Betriebes, Mitglied des Gesamtbetriebsrates, des Wirtschaftsausschusses und anderer Gremien eines Weltunternehmens, ohne organisiert zu sein. Die aktiven Gewerkschaftler — darunter betonte Nichtchristen und Marxisten — haben damals vertrauensvoll mit mir zusammen gearbeitet und damit einen weiteren Horizont bewiesen als die mich erschreckenden Tendenzen innerhalb der evangelischen Kirche. Noch heute verbindet mich mit ihnen ein sehr kollegiales Verhältnis. Ich wehre mich auch im Namen anderer mir bekannter, nicht organisierter Betriebsräte dagegen, daß man die Fähigkeit, ein solches Amt auszufüllen, ausschließlich durch die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft soll erwerben können.

Was immer als „Einheitsgewerkschaft“ bezeichnet wird, wäre in meinem Falle — der Branche des Unternehmens, in dem ich tätig bin, entsprechend — die IG Metall. Ich bin nicht bereit, die Bestrebungen des Herrn Brenner mitzufinanzieren, und man sollte den Versuch unterlassen, mir unter Mißbrauch der Bibel beweisen zu wollen, daß ich als evangelischer Christ dazu verpflichtet wäre.

Frankl schreibt: „Evangelische Betriebskerne gibt es kaum noch.“ Ich möchte annehmen, daß das an dem von vornherein falsch gewesenen Konzept liegt. In einigen Münchener und Erlanger Betrieben bestehen, zum Teil seit etwa zehn Jahren, sehr rege sogenannte „Christliche Arbeitsgemeinschaften“, deren Basis mir richtiger erscheint. Diesem Brief füge ich Hinweise auf die „Aufgaben und Ziele Christlicher Arbeitsgemeinschaften in Betrieben“ bei, die einmal als Extrakt eines Referates formuliert wurden. Diese Gruppen halten u. a. auch Kontakt zu den „Christlichen Werkgemeinschaften“ einerseits und der „Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen“ andererseits. Aus ihren Reihen kamen und kommen auch verantwortungsbewußte Betriebsräte, wobei Frankl's Forderung erfüllt wird: „Als vorrangiger Gesichtspunkt für die Benennung von Kandidaten sollte das entgegengebrachte Vertrauen in die Kollegialität und das Können des Betreffenden sein und nicht sein Gesang- oder Parteibuch.“

Nur ist darüber hinaus auch nicht entscheidend, ob der Kandidat es für richtig hält, der IG Metall, der DAG, der CGD oder gar keiner Gewerkschaft anzugehören. In einem sehr großen Betriebe konnten über eine Gemeinschaftsliste von 14 Betriebsräten sechs Kandidaten dieser Gruppe durchgebracht werden, obgleich nur drei an aussichtsreichen Stellen — einer hatte sogar als Schlußlicht an 30. Stelle gestanden — plazierte waren. Und hier nun einige Punkte über die Christlichen Arbeitsgemeinschaften. (Wir können wegen des Platzmangels nur Auszüge bringen. D. Schriftl.)

1. *Sammlung der Christen innerhalb der Betriebsgemeinschaft!*

Die Angehörigen anderer Interessengruppen und weltanschaulicher Richtungen — z. B. Briefmarkensammler, Schachspieler, Sportler, Kommunisten — kennen sich. Auch die Christen im Betrieb müssen aus der „Zurückhaltung“ in Glaubensangelegenheiten heraus und voneinander wissen!

4. *Christen müssen bereit sein, im Betrieb Verantwortung zu übernehmen!*

Verantwortung können wir für einzelne Menschen übernehmen, indem wir uns ihrer Sorgen annehmen, ihnen ratend und helfend zur Seite stehen, z. B. schwerkranke Kollegen besuchen und betreuen. Verantwortung können wir auch für die Gemeinschaft übernehmen, indem wir beispielsweise im Betriebsrat und ähnlichen Gremien mitarbeiten; dabei geht es darum, aus christlicher Verantwortung an Entscheidungen mitzuwirken.

5. *Verbesserung des Betriebsklimas!*

Dies ist kein Ziel oder Programmpunkt der christlichen Arbeitsgemeinschaften. Es ist eine zwangsläufige Folge, wenn Christen — gleichgültig ob in leitenden oder untergeordneten Funktionen — ernst damit machen, im Menschen als dem Ebenbild Gottes den Faktor Nummer 1 im Betrieb zu sehen.

6. *Missionierung im Betrieb!*

Die Parochial-Gemeinden erreichen den Menschen, der neun Stunden und mehr täglich im Betrieb steht — fern von seinem Wohnort und gelöst von seiner Familie — heute oft nicht mehr. Es kommt hinzu, daß die Verkündigung von der Kanzel heute nicht immer die Probleme und die Sprache der Welt der Arbeit trifft.

7. *Zusammenarbeit der Konfessionen!*

Beide Konfessionen haben viel Gemeinsames, Zusammenarbeit ist möglich.“

Hans Prigge

DIE PREDIGT IN DIE ZEIT

RUNDFUNKANSPRACHE

Wir hören ein Wort aus dem Propheten Jeremia:

„Bin ich denn ein Gott aus der Nähe und nicht vielmehr ein Gott aus der Ferne? — spricht der Herr. Oder kann sich einer in Verstecken verbergen, daß ich ihn nicht sehe? Bin ich es nicht, der Himmel und Erde erfüllt? — spricht der Herr. Ich habe gehört, was die Propheten gesagt haben, die in meinem Namen Lüge weissagen: ‚ich habe geträumt, ich habe geträumt‘. Wie lange noch? Bin ich etwa im Inneren der Propheten, die Lüge weissagen und den Trug ihres Herzens weissagen, die darauf aus sind, durch ihre Träume, die sie einander erzählen, meinen Namen bei meinem Volk vergessen zu machen, wie ihre Väter meinen Namen über dem Baal vergaßen. Ein Prophet, der Träume hat, mag seine Träume erzählen. Wer aber mein Wort hat, der rede in Wahrheit mein Wort. Was hat das Stroh mit dem Korn zu tun? — spricht der Herr. Ist nicht mein Wort brennend wie Feuer? — spricht der Herr — wie ein Hammer, der den Felsen zerschlägt?“

Meine lieben Hörerinnen und Hörer! Als wären sie unmittelbar in unsere Zeit hinein gesprochen, so treffen die alten Worte der Propheten und des Jeremia insbesondere unsere heutige Situation. Wer beim Lesen unseres Abschnittes aus einer seiner Reden genau hingehört hat, dem muß deutlich werden, daß hier ein Angriff vorliegt auf alle unsere Gottesbilder und Gottesvorstellungen, auf unser Reden von Gott in der Kirche und außerhalb der Kirche, bei den Frommen und bei den Atheisten. Ein groß' Teil dieser Reden und Gedanken, und kämen sie in noch so gelehrtem Gewande daher, werden durch den Propheten als das entlarvt, was sie wirklich sind: als Irrtum, Traum und Illusion. „Bin ich denn ein Gott der Nähe? — spricht der Herr — und nicht vielmehr ein Gott aus der Ferne?“ Schon dieser Satz stellt mit einer scharfen Frage etwas richtig. Das Verhältnis Gott - Mensch wird aus einer falschen Perspektive ins rechte Licht gerückt. Der wirkliche Gott ist der, der sich den Menschen entziehen kann; der im Himmel wohnt, „in einem Licht, da niemand zukommen kann“. Ein unendlicher Graben und Abgrund wird hier aufgerissen zwischen Gott und uns. Wie kommt ihr Erdgeborenen eigentlich dazu, über Gott zu reden wie über euresgleichen? Spürt denn keiner, wie unangebracht jene plumpe Vertraulichkeit ist, in der manche Frommen oft von Gott reden? Und die anderen, die Atheisten und Gottesleugner, merken die denn gar nicht, wie sehr sie sich lächerlich machen, wenn sie glauben, die Existenz Gottes in Abrede stellen zu können? Beide tun so, als ob Gott in ihrer Verfügbarkeit stünde, als ob er sich ihnen ausgeliefert hätte. Mit feinem, aber scharfem Spott nimmt der Prophet unser modernes Reden von Gott unter die Lupe. Ihr alle seid

auf dem Holzweg! — so ruft er uns zu —, wenn ihr glaubt, über Gott reden zu können wie über einen Gegenstand oder einen Menschen in dieser Welt. Der wirkliche Gott ist „ein Gott aus der Ferne!“ Die Distanz, der Abstand von ihm zur Welt und zum Menschen ist so groß, daß bei auch nur einiger Redlichkeit im Denken Menschen über ihn allenfalls — schweigen könnten.

Genauso einfältig und primitiv wie sein Reden über Gott ist der Versuch des kleinen Rebellen auf der Erde, Gott, dem Schöpfer des Alls, entrinnen zu wollen. „Kann sich denn einer in Verstecken verbergen, daß ich ihn nicht sähe?“ — spricht der Herr. Es ist dies dieselbe Aussage wie im Psalm 139, wo es heißt: „Wo soll ich hingehen vor deinem Geist? Wo soll ich hinfliehen vor deinem Angesicht?“ Es gibt keinen Raum, keinen Ort, weder im Himmel noch auf der Erde, weder in der Hölle noch in den unermeßlichen Weiten des Alls, wo einer seinem Gott entrinnen, sich vor ihm verbergen könnte. Es ist deshalb geradezu eine Narrheit, eine Verrückung des Geistes und des Verstandes, wenn im Zusammenhang mit den menschlichen Versuchen, ins All vorzustößen, Stimmen laut werden, die sagen: wir haben dort den lieben Gott nicht gefunden. O ihr Narren und einfältigen Gesellen! — spricht Gott der Herr. Bin ich es nicht, der Himmel und Erde erfüllt? Alles, alles, was ihr erforschen könnt, ist nichts anderes als das, was ich in die Schöpfung hineingelegt habe. Alle die Energien, mit deren Entbindung ihr heute spielt, habt ihr denn die geschaffen? Oder habt ihr sie nicht bloß eines Tages entdeckt? Zurück auf den Boden des Wirklichen, alle ihr Schwärmer! — ruft der Prophet.

„Ich habe geträumt, ich habe geträumt“ — so sagten sie. Nun aber ist der Traum aus. Nun ist Zeit aufzuwachen. Im Jahre 1766 schon schrieb der große kritische Philosoph Immanuel Kant sein Büchlein „Von den Träumen eines Geistersehers . . .“. Darin sind Wahrheiten ausgesprochen, die dem Propheten Jeremia abgelauscht scheinen. Aber sein Ruf ist in unserem Volk so wenig gehört worden, wie einst der Ruf Jeremias an das seinige. Die Träume der Gespensterseher gingen weiter durch die Jahrhunderte bis heute. Und diese Träume sind nicht etwa Harmlosigkeiten. „Sie sind darauf aus, durch die Träume, die sie einander erzählen, meinen Namen bei meinem Volk vergessen zu machen.“ Das haben die Träume der modernen Gespensterseher wirklich erreicht. Unser Volk, die Völker Europas haben Gott, den Herrn, vergessen. Wo sie noch von ihm reden in positivem oder im negativen Sinne, wo sie ihm noch einen heiligen Raum in dieser unheiligen Welt retten, oder wo sie ihn ganz hinausverbannen möchten aus unserer Wirklichkeit, da haben sie es weithin nicht mehr mit dem wirklichen Gott zu tun, der ein Herr ist Himmels und der Erde, sondern mit einem Götzen, einem Traumprodukt ihrer Gedanken. „Mag, wer träumt, seinen Traum erzählen und damit großtun vor den Menschen“, spricht der Prophet wieder im Auftrag Gottes mit feinem Spott. „Wer aber mein Wort hat, der rede in Wahrheit mein Wort!“ „Denn was hat Stroh mit dem Weizen zu tun?“ spricht der Herr. Ich weiß nicht, meine lieben Hörerinnen und Hörer, ob uns noch klar wird, was in diesem Wort zum Ausdruck kommt. Derselbe ferne Gott, der sich jedem frechen Zugriff seiner Geschöpfe entzieht, hat uns Menschen doch nicht der Eitelkeit unserer Träume ausgeliefert. Er hat gesprochen, er hat uns angeredet, „vorzeiten manchmal und auf mancherlei Weise zu den Vätern durch die Propheten und in diesen letzten Tagen zu uns durch den Sohn!“ Würde uns modernen Menschen doch noch einmal aufgehen, was das heißt! Welche Auszeichnung des Menschen darin liegt, daß Gott ihn anredet.

Würde uns deutlich werden, wie sehr die Bibel das erregendste Buch der Weltliteratur ist!

Daran hat keine Bibelkritik, keine religionsgeschichtliche und philologische Forschung, daran haben auch nicht die vielen negativen Urteile von klein-karierten Geistern in Vergangenheit und Gegenwart etwas geändert. Gottes eigenes Wort ist da und geschieht. Es wird immer neu zum Ereignis. Es erfaßt Menschen und verändert ihre ganze Existenz. Vieles, vieles, was in der Weltliteratur so groß und scheinbar imposant daherkommt, wird zum leeren Stroh angesichts des Weizens aus dem Worte Gottes. Selbst ein Mann wie Friedrich Nietzsche konnte noch über das Alte Testament sagen: der Geschmack an ihm sei ein Prüfstein, ob groß, ob klein. Allerdings kommt dieses Wort nicht so harmlos daher, wie die meisten Menschenworte, jetzt gesprochen und im nächsten Augenblick schon ins Nichts verhallt. In zwei Bildern wird vom Propheten seine Wirksamkeit umschrieben. Das Wort Gottes gleicht einmal einem verzehrenden Feuer, das in dieser Welt auflodert und alle Spreu verbrennt. Wer in seine Nähe kommt, der erfährt, daß so viele Nichtigkeiten, die unser Menschenherz täglich erfüllen und umtreiben, auf einmal ins Nichts zerstieben. Der erfährt auch etwas davon, daß in diesem Feuer alles Unreine ausgebrannt wird, damit das schwere, reine Metall übrigbleibe. Dabei wird mancher darüber erschrecken, wieviel an seinem Wesen und Leben, an seinem Denken, Reden und Tun nichts als Schlacke war. Von mancher gewohnten Schlacke wird er sich nur sehr schwer und wehmütig trennen, bis ihn erst der reine Glanz des Silbers belehrt, warum in seinem Leben ein Umschmelzungsprozeß nötig war. Und noch in einem anderen Bild erscheint Gottes Wort. Als der Hammer, der Felsen zerschlägt. Der Prophet hat damit eine Erfahrung seines eigenen Lebens zum Ausdruck gebracht. Gottes Wort ist über ihn gekommen als eine Macht, die allen Widerstand zerschlägt. Als Fremdmacht hat es der Prophet empfunden. Seine von Natur weiche Art hätte sich viel lieber mit den geistigen Triebkräften seiner Zeit ausgesöhnt, er wäre viel lieber Konformist geblieben, als nun dauernd im Namen Gottes aufbegehren, rebellieren zu müssen „gegen die Könige Judas, gegen ihre Fürsten, gegen ihre Priester, gegen das Volk im Lande“. Wo aber Gottes Wort hörbar werden will, da kommt es gar nicht darauf an, was der Mensch, der es zu sagen hat, denkt und meint. Der Prediger hat ganz hinter den Inhalt seiner Predigt zurückzutreten. Denn die rechte Predigt des Wortes Gottes will wie ein Hammer treffen, sowohl den, der es sagt, als auch den, der es hört. Nur dort, wo es Menschlich-Allzumenschliches in uns zerschlägt, kann es seine erneuernde Wirkung erzielen. Das aber will dieses Wort: alle unsere Illusionen und Träume, die wir uns über Gott, Welt und Mensch machen, zerstören und uns befreien zu dem Wort der Wahrheit, das aus seinem Munde zu uns kommt.

Will Gegenheimer

DAS FORUM

KIRCHE UND
GESELLSCHAFT
ZWISCHEN
GESTERN UND
MORGEN

Kirche und Verbände in der Gesellschaft*)

Von LOTHAR WIEDEMANN

I.

Zum Verhältnis Kirche - Gesellschaftliche Verbände

Verbände und Gemeinwohl

Da die Verbände im Gegensatz zu den Parteien, die sich in ihren Zielsetzungen am Gesamtwohl interessieren sollen, partikuläre Interessen verfolgen, entsteht die Gefahr des Überwiegens des Einzelinteresses über das der Gesamtheit. Hier setzt bereits eine Aufgabe und Verantwortung der Kirche gegenüber den Verbänden ein, und Professor Scheuner sagt zu Recht, daß die letzten Fragen der Verbände ethischer Natur sind.

Da die Macht dieser Verbände an bestimmten Zwecken ausgerichtet ist, binden sie nicht den ganzen Menschen, sondern immer nur einen Teil seiner Existenz. Die Verabsolutierung von Verbandszwecken, wie sie unter der Verbandsperspektive erfolgt, ist daher eine Gefahr.

Eine Rücksichtnahme auf das Ganze ist jedoch — vor allem von seiten der großen Verbände — unbedingt erforderlich. Die Bereitschaft hierzu scheint zu wachsen. So betonten z. B. die österreichischen Gewerkschaften auf ihrem vierten Bundeskongreß, daß eine weitgehende Übereinstimmung der gewerkschaftlichen Zielsetzungen mit den allgemeinen Erfordernissen notwendig

*) Für die MITARBEIT bearbeiteter Teil eines Vortrages, den der Verfasser auf einem Treffen europäischer evangelischer Theologen gehalten hat. Der erste, hier ausgelassene Teil der Ausführung befaßt sich mit der Bedeutung und der Funktion der Verbände in der heutigen Gesellschaft und dem Verhältnis von Staat und Verbänden. Darin wird zum Ausdruck gebracht, daß die Interessenverbände nicht nur als Ansammlungen von Lobbyisten betrachtet werden dürfen, sondern daß ihr Handeln durch den Zusammenschluß gleichgerichteter Interessen als Ausdruck des sozialen Prozesses und damit als repräsentativ für die Gesellschaft angesehen werden muß. Sie sind zugleich Bezeugung gesellschaftlicher Freiheit, indem sie die Teilnahme des Einzelnen am gesellschaftlichen Geschehen und damit die Überwindung seiner Ohnmacht

sei. Die jungen Unternehmer in der „Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer“ ließen auf ihrer letzten Tagung eine ähnliche Bereitschaft erkennen. Auch wäre in diesem Zusammenhang die Haltung des DGB in den letzten zehn Jahren zu erwähnen. Im allgemeinen muß hier jedoch noch viel geschehen. Dabei muß man sehen, daß die Macht der Verbände heute nicht von innen her durch ihre Mitglieder, sondern von außen durch ihre sozialpolitischen Gegenspieler begrenzt wird.

Erschwerend für die Einordnung in die Gesamtgesellschaft ist weiterhin die Vielheit der Verbände und ihrer Ziele. Sie ist nach den Worten Werner Webers „ungeordnet und chaotisch“. Das Kräftegleichgewicht ist mehr oder weniger zufällig. Eine qualitative Unterscheidung der Verbände nach ethischen Maßstäben wäre allenfalls unter Berücksichtigung der Allgemeinheit ihres Anliegens, also ihrer jeweiligen Bedeutung für die Gesamtgesellschaft, möglich. Man kann z. B. einen Verband, der gemeinnützigen Zwecken dient, nicht gleichstellen mit einem solchen, der nur ein partikuläres Sonderinteresse verfolgt. Dabei wäre von den Grundlagen der Verbände und ihrer Bedeutung für die Allgemeinheit auszugehen (z. B. Arbeit, Eigentum usw.), ein Gedanke allerdings, der in diesem Zusammenhang nicht weiter verfolgt werden kann.

Hat die Kirche Verbandscharakter?

Die Kirche ist im eigentlichen Sinne kein Verband, sondern Institution, was nicht hindert, daß sie in der Sicht der Vertreter der Interessenverbände auch als ein solcher angesehen wird. Darüber sollte im Gespräch mit den Verbänden Klarheit herrschen. Institutionen sind im Gegensatz zu Verbänden nicht zweck-, sondern normgebunden. Sie unterliegen damit nicht wechselnden Spielregeln, sondern setzen Normen eigener Art neben Recht und Sitte. Sie sind damit nicht zeitverhaftet, sondern richten sich an bestimmten Grundsätzen, wie Glaube oder Dogma, aus. Damit steht die Kirche auf anderer Ebene als die Verbände. Selbstverständlich hat sie auch eine organisatorische Form, diese aber ist nur Ausfluß dieser Normen und ihnen gegenüber sekundär.

Nach Troeltsch gibt es zwei Grundformen religiöser Gemeinschaft, Kirche und Sekte. In unserer Terminologie also Institution und Verband. Gespräche, die über das Institutionsproblem der Kirche 1956 geführt wurden, führten zu der Auffassung, daß die Kirche nicht primär durch Assoziation der Gläubigen, sondern durch göttliche Berufung entsteht und damit als Stiftung Gottes vorgegeben ist. Auch unter diesem Gesichtspunkt wäre damit die Kirche nicht als Verein oder Verband, sondern als Institution aufzufassen. Schrey weist nun darauf hin, daß neben dem Institutionscharakter der Kirche im Protestantismus auch der Vereinstypus im Sinne des freien Zusammenschlusses der Gläubigen eine Rolle spielt, und zwar vor allem im Pietismus und bei Sekten. Der Vereinstypus ist aber seit dem 19. Jahrhundert in ganz anderer Hinsicht für die Kirche wesentlich geworden. Ich komme darauf noch zurück.

ermöglichen. Von einer freien Gesellschaft kann heute nur noch dann gesprochen werden, wenn freie Verbandstätigkeit möglich ist.

Diese Freiheit ist natürlich nicht denkbar ohne die Voraussetzung staatlicher Macht, die in der Lage ist, den Einzelnen vor Übergriffen der Verbände zu schützen. Man berücksichtige, wie tief die Regelungen der Verbände auch in den Ablauf des privaten Lebens eingreifen, da ihre Tätigkeit, z. B. im Falle der Tarifautonomie, bis zur Rechtsetzung geht.

In einer Gesellschaft, in der nach Landshut nur relevant ist, was organisabel ist, ist es wichtig, sich diese Bedeutung der Verbände klarzumachen, wenn man die kirchliche Verbandstätigkeit betrachten will.

Aufgaben der Kirche gegenüber den Verbänden

Gerade diese wesensmäßigen Unterschiede legen der Kirche gegenüber der Gesellschaft besondere Verpflichtungen auf. Angesichts der heutigen gesellschaftlichen Wirklichkeit kann sie nicht mehr abseits neben den die Gesellschaft repräsentierenden Verbänden stehen und sich nur dem Einzelnen zuwenden. Gerade dieser Einzelne muß heute nicht mehr nur als personelle, sondern auch als institutionelle Existenz begriffen werden. Darüber hinaus ist der einzelne Christ in der Gesellschaft genauso gefordert wie in der Kirche und Familie. Läßt die Kirche diese Situation unberücksichtigt, bleibt er auf sich selbst gestellt. Ein Abseitsstehen wäre damit Flucht oder Kapitulation vor der Wirklichkeit. Hier erwachsen also der Kirche Aufgaben, zumal Christen keine Verbandsideologen sein und angesichts der partikulären Bestrebungen als Ferment wirken können.

Welche Aufgaben sollte die Kirche gegenüber den Verbänden wahrnehmen?

- a) Die Kirche muß versuchen, aufzuzeigen, welche ethischen Momente im Handeln der Verbände beschlossen liegen, wo dieses über rein pragmatische Fragen hinausgeht. Die Feststellung Max Webers, daß die Wirtschaft zum Schicksal unserer Gesellschaft geworden ist, ohne ein spezifisches Ethos ihrer Macht zu entwickeln, bedarf noch immer der entscheidenden Korrektur. Wer anders als die Kirche ist in einer Gesellschaft, die zur Verabsolutierung wirtschaftlicher Zwecke neigt, legitimiert, die Grenzen der wirtschaftlichen Vernunft abzustecken? Das bedeutet aber, daß das Verbandshandeln ethisch unterbaut werden muß.
- b) Die Kirche muß sich um die Menschen in den Verbänden kümmern, insbesondere um den Verbandsfunktionär. Wenn, wie Wendland einmal feststellte, die Gestalt des Lazarus in der Gesellschaft wechselt, so wächst gerade hier eine Schicht heran, der es weniger an Geld als an Zeit fehlt. Schopenhauer sprach noch davon, daß die Muse das Vorrecht der oberen Schichten sei. Dieses Verhältnis hat sich heute umgekehrt, da nur, wo sich Maschinen einsetzen lassen, Arbeitszeit freigesetzt wird, so daß die Maschine gewissermaßen Freizeit produziert.
- c) Die Kirche hat die Möglichkeit, die sozialpolitischen Gegenspieler auf ihrem Boden zusammenzuführen und damit Gespräche und Auseinandersetzungen auf unabhängiger Ebene zu veranstalten. Sie kann auf diese Weise Verständnis für die Situation des anderen wecken, an der Versachlichung des Gespräches mitwirken und zur Brüderlichkeit ermahnen. Dieser Aufgabe haben sich vor allem die Evangelischen Akademien und Aktivitäten der evangelischen Sozialarbeit angenommen.
- d) In den Verbänden haben wir die Herrschaft der Fachleute, der Funktionäre, die an die Stelle einer sich ehemals der Gesamtheit verpflichtet fühlenden Elite getreten sind und deren spezialisierte Perspektive in der Gesellschaft unweigerlich desintegrierend wirkt. Einheitliche Grundlagen religiöser, bildungsmäßiger, nationaler oder ideologischer Natur sind nicht mehr vorhanden, so daß sich in diesem Vakuum die Herrschaft des Fach- und Sachinteresses ausbreiten und subjektive Verbandsinteressen nach vorn spielen können. Die Kirche kann hier aufzeigen, daß die entscheidenden verbandspolitischen Anliegen nicht nur Fachfragen und eben damit nur auf dieser Ebene zu lösen seien. Hier erwächst der Kirche angesichts der heutigen gesellschaftlichen Situation die entscheidende Aufgabe, ausgleichend und

integrierend zu wirken. Wie wäre sonst der Ruf nach der „verantwortlichen Gesellschaft“ zu verstehen?

Diese Aufgaben sind nicht anders als nur sehr allgemein zu formulieren. Gleichwohl ist daraus ein hohes Maß an gesellschaftlicher Verpflichtung für die Kirche erkennbar. Die Frage ist aber, wie die Kirche diese Aufgaben wahrnehmen soll.

Schwierigkeiten und Einwände

- a) Die Kirche darf sich nicht mit bestimmten Verbänden und Interessenrichtungen identifizieren, wohl aber mit einzelnen Anliegen, wenn diese menschliche Forderungen enthalten. Entscheidend ist dabei, daß eine Identifikation oder ein Affront gegenüber Anliegen der Verbände niemals aus politischen Gründen erfolgen darf, sondern, wenn überhaupt, nur um des Evangeliums willen. In dieser Haltung liegt für die Verbände eine Quelle des Mißtrauens gegenüber der Kirche, da es sich, vom Interessenstandpunkt aus beurteilt, hier für diese um einen unverläßlichen Partner handelt. Die Abstempelung in einer bestimmten Richtung wird daher auch immer versucht, wie die Umwandlung der Formel „Thron und Altar“ in „Chef (bzw. Gewerkschaften) und Altar“ beweist.
- b) Umgekehrt besteht natürlich die Gefahr, daß die Kirche von den Verbänden als Interessenvorspann benutzt wird.
- c) Ernster ist der Einwand, daß der Anspruch der Kirchen, in gesellschaftlichen Angelegenheiten mitzureden, im Widerspruch zu ihrer geringen glaubensmäßigen Wirkung stehe. Dieser Vorwurf zielt natürlich am Wesen der Kirche vorbei, versteht sie als einen Verband unter anderen und verlangt eine demokratische Legitimation. Man übersieht dabei, daß hier über die partikulären Zielsetzungen weit hinausgreifende Anliegen vertreten werden.
- d) Besondere Schwierigkeiten für die Kirche bestehen in diesem Zusammenhang darin, daß ihr die Grundlagen für eine solche Mitsprache weithin fehlen. Es mangelt an einer den heutigen gesellschaftlichen Erfordernissen gerechtwerdenden Sozialethik. Trotz erfreulicher Ansätze liegt hier die Unsicherheit gegenüber gesellschaftlichen Fragen von theologischer Seite begründet und auch das Dilemma der evangelischen Sozialarbeit.

II.

Die kirchlichen Verbände

Zu den Aufgaben der Kirche

Es leuchtet unmittelbar ein, daß hier die Gemeinde überfordert ist, sowohl in ihren Möglichkeiten wie in dem hierzu erforderlichen Sachwissen. Darüber hinaus ist die Kirche durch ihren institutionellen Charakter normgebunden und die Einstellung auf die wechselnden Erfordernisse der mobilen Gesellschaft immer sehr schwer. Die Frage ist daher, wie hier eine Anpassung ohne Substanzverlust möglich ist.

Hier ergibt sich nun der Ansatzpunkt für die kirchlichen Werke und Verbände. Sie lassen das kirchliche Amt unangetastet, halten es aus dem Streit der Tagesmeinungen heraus und ermöglichen doch eine kirchliche Stellungnahme zu aktuellen Fragen. Ihre klassische Begründung findet sich bei Wichern in seiner Denkschrift von 1848. Dort heißt es: „Die ‚Innere Mission‘ umfaßt nur die Lebensgebiete, welche die geordneten Ämter der evangelischen Kirche mit ihrer Wirksamkeit zu bedienen nicht ausreichend im Stande sind, so daß sie diesen in die Hände arbeitet und in demselben Maße ihre Aufgabe als gelöst ansieht, als die Wirksamkeit des kirchlichen Amtes sich erweitert.“

Das gilt auch heute noch für das kirchliche Vereinsleben. Die Verbände sollen also in Bereichen wirken, die von den herkömmlichen Ämtern der Kirche nicht erreicht werden. Damit können diese als ein Versuch der Kirche angesehen werden, neue gesellschaftliche Wirksamkeit zu entfalten und den Einfluß in den Bereichen wieder zu gewinnen, die durch die Säkularisation abgetrennt sind. Die durch die Theorien der Aufklärung vollzogene Aufsplitterung der Gesellschaft in einzelne autonome Sachbereiche wie Staat, Wirtschaft, Gesellschaft, Kirche hatte zur Folge, daß die einzelnen Bereiche nach voller Autonomie strebten und die Kirche auf den rein kirchlichen Bereich zurückgeworfen wurde. Dadurch bemächtigten sich eine Reihe von Sozialreligionen des bestehenden Vakuums, während andererseits das Bürgertum nicht vermochte, die neue industrielle und technische Welt ethisch zu unterbauen. Gerade die soziale Frage des 19. Jahrhunderts führte aber dadurch zu neuen Formen kirchlichen Lebens, und zwar durch die Entstehung von Vereinen (I.M., Arbeitervereine, Christliche Gewerkschaften), die sich bis heute ständig vermehrt und ausgedehnt haben. Diese Verbände unterscheiden sich aber strukturell von den weltlichen, da sie nicht eine so straffe Organisation aufweisen und nach allen Seiten hin offen sind. Zumeist haben sie keine festen Mitglieder. Auf der letzten Mitgliederversammlung der Ev. Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen wurde ausdrücklich betont, daß die Organisation für sie sekundär sei.

Aufgaben der kirchlichen Verbände

Neben den bereits genannten Aufgaben erwachsen dem kirchlichen Vereinsleben insbesondere folgende:

- a) Sie haben in der Öffentlichkeit zu wirken und hier den kirchlichen Standpunkt in gesellschaftlichen Fragen zu vertreten und gegenüber den Verbänden die von diesen immer wieder geforderte kirchliche Stellungnahme abzugeben. Damit wird hier der Versuch der Wiedergewinnung eines gesellschaftlichen Einflusses unternommen, bei dem beachtet werden muß, daß dieser nicht im Sinne partikulärer Interessenbestrebungen erfolgt, sondern einen Dienst an der Gesellschaft darstellt.
- b) Sie haben sich um die volle Einordnung der ev. Christen in der Gesellschaft zu bemühen, und zwar in einer Weise, daß ihre freie Entfaltung auch innerhalb der Interessenverbände gewährleistet ist.
- c) Sie sollen sozialetische Maßstäbe im Handeln des Einzelnen und der Verbände wieder zur Geltung bringen.
- d) Sie sollen durch ihr Wirken die Einengung des kirchlichen Amtes durch gesellschaftliche Kräfte verhindern, dessen Freiheit Voraussetzung für die Verkündigung des Wortes Gottes ist.

Geflecht von Kalkulieren, Produzieren und An-den-Mann-Bringen auf dem Markt einmal in seiner ganzen menschlichen Treue von Chef zu Mitarbeiter und Mitarbeiter zu Chef, aber auch von Meister und Vorarbeiter nach oben und auch unten, von kaufmännischem Büro mit den dort tätigen Angestellten in die Fabrikationsstätten und umgekehrt — ich sage, wenn dieses ganze, vielfach verästelte Geflecht, in dem ein Betrieb tagtäglich besteht, heute einmal in das Bewußtsein persönlicher Dankbarkeit aller Beteiligten gegeneinander erhoben wird. Ob ein Betrieb funktioniert — in guten Zeiten: ob die Männer an der Spitze wissen, was sie ihren Mitarbeitern in Büro und Fabrikation

schulden; aber auch umgekehrt, ob Büro und Fabrikation die Grenzen dessen wissen und respektieren, was sie an Lohn und Freizeit fordern können, um das Ganze des Betriebes am Blühen zu erhalten — meine Freunde, von dieser gelebten Treue hängt das Glück, ein hundertjähriges Jubiläum feiern zu können, ab. Und hängt die Ernsthaftigkeit der Wünsche, die sich auf das heute beginnende zweite Jahrhundert beziehen, ab! Ohne menschliche Treue funktioniert ein Betrieb in der Hausse nur scheinbar gut! In der Baisse aber zeigt sich, was der allgemeine Aufwärtstrend in der Hausse eine Zeitlang verdecken kann: Treue Menschen leben und wirken im Segen!

Nicht nur den Menschen danken!

Wenn ich so nur ganz wenige Vorbedingungen des unendlich feinen Geflechtes von menschlichen Beziehungen heraushebe, auf denen Ruf, Glück und Erfolg einer Firma stehen, und vieler anderer Faktoren nur im Vorübergehen gedenke: der politischen Lage in der Welt und im eigenen Vaterland, Krieg oder Frieden, konjunkturelle Lage am Weltmarkt und daheim, Erfindungen und Verbesserungen im eigenen Haus oder bei anderen Industrien, Publikumsgeschmack und was dergleichen mehr ist, so spüren wir alle: Wer in einer Stunde wie dieser nur Menschen dankt, ist im Grunde ein armer, kurzsichtiger Tor! Denn kein Mensch kann alle diese Faktoren auf einmal übersehen. Geschweige denn lenken. Ein erfolgreicher Geschäftsmann muß Fortune haben, wie Friedrich der Große von seinen Generalen forderte. Aber einer von denen hat einmal dem Sinn nach gesagt: Fortune kommt nicht von ungefähr. Ich wünschte, Sie zögen jetzt alle kraft der eigenen Überlegung in dieser frohen Stunde des Dankens den

Schluß: wohin sich unser Dank zutiefst gemeinsam richten muß. Der alte Bernard Shaw hat das, was ich von dem Verhältnis unseres Wirkens zu dem Gelingen unseres Werkes und dem, was aus der Hand eines ganz anderen Wirkers kommt, einmal sehr fein in den Satz gekleidet: „Wir haben alle teil an einem doppelten Spiel. An einem kleinen, das wir selbst spielen. Und an einem großen, das mit uns gespielt wird.“

Darum geht es in dieser Stunde, daß wir mit unserem Dank nicht kurzatmig bei uns selbst steckenbleiben. Sondern mutig und klug — und darin besteht ein gut Stück „Frömmigkeit“, so mutig und klug zu sein, wie wir sein müßten, wenn wir nicht unter dem Strich eines vollausgelebten Menschenlebens bleiben wollen — ich sage, darin besteht ein gut Stück gelebter Frömmigkeit, Gott in dieser Stunde zu danken, daß er Fortune, daß er Erfolg, daß er diesem Hause 100 Jahre Bestehen gab, in einer Zeit, in der viele vergingen. Und man kennt die Stätte ihres Wirkens nicht mehr!

Gestalter einer unbekannten Zukunft

Damit aber wende ich meinen Blick nach vorn. Denn der Christ ist bei allem Bewußtsein für Tradition und

Vergangenheit letztlich ein vorwärts gewandter Mensch. Ein Mensch, der für die Zukunft und das, was Gott

in ihr von ihm fordern wird, sei es Hartes oder Leichtes, sich bereit hält. Das scheint mir in unserer mobilen Zeit wiederum eine kluge, wenn nicht die einzig zeitgemäße Haltung zu sein. Muß ich das vor Männern und Frauen, die im öffentlichen Leben von heute stehen, noch begründen? Ortega y Gasset sagt einmal, wir heutigen Menschen hätten uns weniger als Erben einer langen Vergangenheit als vielmehr als Gestalter einer unbekannten Zukunft zu bewähren.

Gestalter einer unbekannten Zukunft! Wenn etwas unsere Zeit kennzeichnet, so ist es die Tatsache, daß wir die Zeitmauer zwischen der stabilen Zeit einer geruhenden Entwicklung im Rahmen althergebrachter Ordnungen und Wertmaßstäbe durchbrochen haben. Und uns in rasendem Tempo immer neuen, sehr schnell in ihrer vordergründigen Erfäßbarkeit wechselnden Zielen nähern. Das gilt für unser persönliches Leben, für die wirtschaftliche und politische Zukunft sowie für die geistigen Werte, die wir in uns tragen und die uns halten. Die innere Nichtbewältigung der Tatsache, daß es in der Zukunft der mobilen Welt niemals mehr die altgewohnte Sicherheit, in der 10 000 Jahre Menschheit lebten, geben wird, ist ein viel schwerwiegenderes Problem als die sogenannte nicht bewältigte Vergan-

genheit, von der heute alle Welt redet. Ich rate im persönlichen, seelsorglichen Gespräch wie in der Lagebeurteilung mit politisch und wirtschaftlich führenden Männern immer wieder dazu: Macht eure Augen auf und eure Herzen stark, das Erlebnis der kommenden Mobilität zu bestehen. Erst innerlich, indem ihr wieder Glauben faßt, daß der unablässige Wechsel der Fakten aus der sicheren Hand des „großen Spielers“ (um mit Shaw zu reden) kommt, der weiß, was er will, wenn er uns keine geruhende „gute alte Zeit“ mit ihrer verschwundenen Stabilität mehr schenkt. Und wenn ihr begriffen habt, daß man innerlich seiner Zukunft, wie stürmisch sie sich auch ausnehmen mag, gewiß sein kann, wenn man den

Alle
Dächer
wasserdicht

Papp-, Teer- und Betondächer
werden unter Garantie **wasserdicht** durch streichfertig
kalt aufzutragende
Schutzhaut DECKTGUT

Fordern Sie Prospekt
RUDOLF KAHL
Geestenseth / Wesermünde

Herrn der Zukunft und seine Ziele kennt, dann kann man im Wechsel der Situationen auch äußerlich ruhig seine Dispositionen treffen.

Der Wert der menschlichen Person rückt in den Vordergrund

Darf ich dieses geistige Grundgesetz erfolgreichen Unternehmertums in der Zukunft der mobilen Welt noch etwas deutlicher vor Ihren aufmerksamen Ohren ausbreiten? Ganz persönlich gesprochen heißt das — und persönlich muß man immer anfangen, wenn man ein gemeinsames Ziel erreichen will: Es gilt zu erkennen, daß Abbau und Abbruch vieler — auch vieler christlich geprägter! — Formen nicht nur die Vorboten des Chaos und Machterweise des Verwirrers Satan selbst sind. „Geworfene“ in eine fremde, bedrohliche Welt sind wir heutzutage alle — um die berühmte Formulierung Heideggers zu gebrauchen. Aber es fragt sich: Von wem und wohin

„geworfen“? Es fragt sich, ob es sich um das „dia-ballein“ des Diabolos — oder ob es sich um ein zeichenmächtiges „sym-ballein“ — um ein Symbol der Herrschaft Gottes handelt?

Heute muß jeder, der für seine Person das Schicksal des Vorläufigen aller Sicherungen, Bindungen, Gewohnheiten, etwa als Flüchtling oder Bombengeschädigter auf der einen, als Unternehmer oder Physiker auf der anderen Seite erfährt und in die tiefe Not eines ungewissen Schicksals geworfen wird, wählen! Was lehrt dich dein Schicksal: Durcheinandergeworfen, verworfen, diabolisch zerworfen — oder sans phrase im Glauben auf Gott geworfen? Dieser Prüfung

entgeht in Zukunft niemand. Mit jeder neuen Erschütterung ererbter Werte, erprobter Methoden, alter Sitte, väterlichen Brauchtums schwingt die göttliche Wurfschaukel das Menschenwesen in die Höhe, jedes einzelne Korn auf dieses „dia“ oder „sym“ hin zu prüfen: Spreu oder Weizen? In Gottes haltende Hände zurückfallend oder vom Winde verweht? Das ist die letzte Frage des post-christlichen, des mobilen Zeitalters, in dem wir uns zurechtfinden müssen.

Wer nur ein wenig in der Philosophie zu Hause ist, die für das praktische Leben Hilfe gibt, weiß: Während durch zweieinhalb Jahrtausende viel von Gesetz und System, von Logik und Zwangsläufigkeit die Rede war, tauchen mit einem Male, wie über Nacht, neue Vokabeln auf. Man spricht von dem Wagnis, Risiko und Abenteuer des Geistes. Wir stehen vor der

Heraufkunft der dramatischen Weltbilder. Die Autorität der Vernunft, als alleinige und souveräne Macht, ist erschüttert. Der Geist erscheint als Same und Sauerteig in einer tief gefährdeten Welt.

Dementsprechend rückt der Wert der menschlichen Person in den Vordergrund. In einer abenteuerlichen, schwankenden Welt muß die Kraft des einzelnen selbstverständlich mehr bedeuten als in einer autoritativ „von oben“ gesteuerten. Ja, der Wert der Person erscheint jetzt geradezu als der Siegelbewahrer und Schlüsselhalter der Zukunft; mindestens im Sinne eines mitbestimmenden Faktors. Die Welt wird, was der Mensch ist.

Wahrlich, ein kühner Satz, der zeigt: In einem sehr entscheidenden Sinne müssen wir heute alle Unternehmer werden. Alle!

Die soziale Haltung: A und O jedes wirtschaftlichen Erfolges

Die eigentliche politische und weit darüber hinaus die sittliche Aufgabe des wirtschaftlichen Unternehmers besteht nun darin, möglichst viele Menschen an möglichst vielen Stellen an der unternehmerischen Funktion zu interessieren, auf die eine oder andere Weise geradezu zu ihr zu erziehen. Und die ihr parallel laufende, oder besser ihr entgegenkommende Funktion, z. B. eines sich zeitgemäß verstehenden Gewerkschafters, besteht genau in derselben Aufgabe: seine Kollegen zu der Verantwortungsübernahme auf ihrem Gebiet zu erziehen. Es wird hohe Zeit, daß in Deutschland Arbeitgeber und Arbeitnehmer, tief unterhalb des natürlichen Kampfes miteinander, der sein muß, weltanschaulich und geistig über ihre antiquierten Frontstellungen nach vorn durchstoßen, um sich miteinander für die kommende und jetzt schon in uns wirksame Mobilität der gesamten Menschheit und damit auch ihrer Wirtschaft und Politik wirkungsvoll zu rüsten.

Die soziale Haltung, die in Zukunft

das A und O jedes wirtschaftlichen Erfolges bilden wird, kann nicht mehr in gelegentlichen oder auch kontinuierlichen Veränderungen der Beteiligungs- oder Eigentumsverhältnisse bestehen, so wichtig deren zeitgemäße Aufschlüsselung ist. Der kommende Reichtum, den die Technik über unsere westliche Welt ausschüttet, verlangt eine echte Arbeits- und Verantwortungsgemeinschaft aller an ihrer Vollendung und Ausnutzung Beteiligten. Auf diesem Sektor sozialen Miteinandermenschseins gilt es, Phantasie zu entwickeln. Es ist das Schicksal der kommenden Generation, den Mut aufzubringen, glaubhafte Bilder der Zukunft zu entwerfen und mit besten Kräften für sie zu kämpfen.

Es wird so oft von uns eine dem Osten gegenüber wirksame Ideologie verlangt. Mir scheint, etwas mehr Mut, Toleranz und Opfergeist in der materiellen und geistigen Führungsschicht des Westens wäre die beste Ideologie — weit besser als jede weltanschauliche Ideologie, die immer den Charakter des Fanatischen trägt.

Wir gehen in die mobile Welt

Der gewaltige Fortschritt des mobilen Zeitalters, an dessen Anfang wir erst stehen, erfordert zuerst eine geistige und sittliche Neuorientierung — weg von der Vergangenheit, hin auf die Aufgaben, die uns bevorstehen. Wir müssen als erste Trägergeneration des durch uns selbst repräsentierten Fortschritts erkennen: Der Mensch tritt wieder aus der „verraumten“ Zeit, die mit Kain, dem Begründer der Zivilisation und Technik, begann in die Situation dessen zurück, den er erschlug. Aber dieses „Zurück“ hat durch das zwischeneingekommene Wirken des Technikers Kain eine unheimliche Dimension angenommen. Kain kann nicht mehr Abel werden, wie er vorher war, sondern Abel muß in und mit dem Werk Kains, d. h. der zwischeneingekommenen technischen Zivilisation, leben und fertig werden. Das ist das Neue an unserer Situation. Wir gehen in die mobile Welt, die Welt der Wandernden, von nun an durch ungeheure, sich immer noch steigende Mobilitäten. Wir erleben in uns eine nie mehr abreißende Mobilität, deren Unruhe und Unsicherheit die atomaren Entdeckungen seit einigen Jahrzehnten uns bewußt zu machen beginnen und deren Fernweh und Fernziel die ersten Weltraumversuche unter uns heute ausdrücken. Der Wanderer Abel entsteht unter uns in neuer Gestalt und fürchtet sich nunmehr vor dem Kain in ihm selbst, der ihn töten kann mit dem, was er schuf. Das ist das Erregende an unserer Situation

auf dem Wege des Erfolges, den Kain einschlug, immer weiter und weiter fortschreiten zu müssen und dennoch in dem Koordinatensystem der von ihm eroberten Raumwelt keine Sicherheit mehr zu finden, sondern wieder wandernd und schweifend werden zu müssen wie Abel.

Weltbeherrschung ist vornehmster Dienst an der Menschheit

Unter diesem Aspekt einer unbekannten, aber von uns zu bewältigenden Zukunft tritt heute also auch das Haus Werner & Ehlers in sein zweites Jahrhundert ein. Ich denke, es ist nun nicht mehr schwer für einen jeden von uns, der in diesem Hause tätig ist oder mit ihm geschäftlich oder freundschaftlich verbunden ist, noch einige Konsequenzen für die Aspekte der Zukunft und

für sein Verhalten in ihr zu ziehen. Für die Wettbewerbswirtschaft im allgemeinen gilt: Das Wirtschaften im Wettbewerb unseres Zeitalters hat seine eigenen Gesetze. Wie bei jeder jungen Form wirtschaftlichen Zusammenlebens überschätzen und unterschätzen wir deren Bedeutung meist zugleich. Wir überschätzen die Wettbewerbswirtschaft, wenn wir dem

Unser Pforzheimer Klubheim für berufstätige Mädchen sucht zum 1. Oktober 1961 (evtl. später)

KLUBLEITERIN

(Alter zwischen 25 und 35 Jahren).

Wir erwarten soz.-päd. oder kirchliche Ausbildung und verständnisvollen Umgang mit berufstätigen Mädchen. — Wohnung im Klub vorhanden. — Bewerbungen mit Unterlagen sind zu richten an

**Evang. Mädchenwerk
Baden,
Karlsruhe, Blumenstr. 1.**

Gedanken des Wettbewerbs schlechterdings alle menschlichen Bezüge unterordnen. Dann schrumpft die Welt uns unversehens auf den Horizont wirtschaftlicher Überlegungen zusammen. Und wir erliegen der naiven Devise: „Was dem wirtschaftlichen Erfolg nützt, gilt bei mir allein!“ Wir kennen diesen Satz aus jüngster Vergangenheit in ein wenig abgewandelter Form: „Was dem Volk nützt, ist allein gut.“ Und sind gewarnt. Es gibt keinen Sektor des Daseins, der sich nicht ethischen Fragen stellen müßte. Oder er korrumpiert den Menschen. Die Wettbewerbswirtschaft macht von diesem Grundgesetz des menschlichen Zusammenlebens keine Ausnahme. Wir können den Versuch, sich ethischen Grundsätzen zu entziehen, das negative Totalitätsstreben einzelner Zweige unserer Gesellschaft nennen. Die Unterschätzung der Bedeutung der Wettbewerbswirtschaft kommt auf dem umgekehrten Weg zu dem gleichen negativen Ergebnis. Man übersieht in diesem Fall, daß erst wirtschaftliches Handeln die Grundlage der menschlichen Beziehungen in der technischen Welt schafft. Und infolgedessen diese Beziehungen der Menschen untereinander von der verantwortlichen und vernünftigen Regelung ihrer wirtschaftlichen Bezüge abhängen. Es ist eine kommende Aufgabe der Theologen und Philosophen, zu zeigen, wie wesentlich für Geist und Sitte, Glaube und Ethos unser Verständnis von und unser Umgang mit den irdischen Gütern ist. Der Menscheng Geist ist von seinem Schöpfer nicht „aus Versehen“ in einen Körper eingesperrt, der irdische Bedürfnisse hat. Auch hat der gleiche Geist nicht wider seine Bestimmung durch Physik und Chemie die gewaltigen Kräfte der Natur entbunden, die das ungeheure wirtschaftliche Potential schufen und unentwegt vermehren, mit dem wir heute fertig werden müssen. Wer heute noch als Mensch leben will, muß fragen: Wie verteilen, wie verwalten wir die sich noch immer steigende Fülle unserer Güter recht? So daß wir sie — und

nicht sie uns — beherrschen. Die rechte Weltbeherrschung ist heute zum vornehmsten Dienst an der Menschheit geworden. Jeder ist an ihr beteiligt, zu ihr aufgerufen.

Der Unternehmer, der die Güter produziert, aber ist in die vorderste Front getreten. Oder vielleicht auch für ihn selbst überraschend in sie gedrängt. Gleichviel, er muß seine Rolle sehen. Und spielen. Oder er verspielt den Akt der Geschichte, in dem ihm die Hauptrolle aufgetragen ist, der er sich nicht entziehen kann. Diese Erkenntnis ist der Beginn ethischen Lebens: eine Verantwortung zu haben, die einem niemand abnimmt. Eine öffentliche Verantwortung, die man tragen muß! Aber wer so handelt, bedarf letztlich eines mutigen Charakters, eines festen Herzens — und muß wissen, worauf diese Grundlagen selbstlosen Einsatzes sich gründen, von woher sie von bloßer Selbst- oder Ruhmsucht stets wieder gereinigt werden. Vor allem aber bedarf er der Phantasie. Es ist das Schicksal der kommenden Führungsgeneration, den Mut aufzubringen, glaubhafte Bilder der Zukunft zu entwerfen und mit besten Kräften für sie zu kämpfen.

Hinweise zu den Autoren dieses Heftes)*

Dr. B. Wellman ist Mitarbeiter des Deutschen Industrieministeriums. Anschrift: Köln, Kaiser-Wilhelm-Ring 3-5.

Prof. Dr. Friedrich Karrenberg ist Fabrikant in Velbert. Er ist zugleich Vorsitzender des Sozialistischen Ausschusses der Evang. Kirche im Rheinland und Professor an der Universität Köln. Anschrift: Velbert/Rhld., Parkstraße 4.

Hubert Jipp war Gewerkschaftssekretär und ist jetzt pensioniert. Anschrift: Oschingen, Krs. Tübingen.

Sozialsekretär Erwin Ortmann ist Dozent für Sozialpolitik in der Evangelischen Sozialakademie. Anschrift: Friedewald ü. Betzdorf/Sieg.

Dr. Helmut Seiffert ist selbständiger Unternehmer. Er ist nebenberuflich in der Erwachsenenbildung tätig. Anschrift: Hameln/Weser, Kaiserstraße 2.

Dr. Lothar Wiedemann ist Direktor in der Evangelischen Sozialakademie und Dozent für Soziologie ebendort. Anschrift: Friedewald ü. Betzdorf/Sieg.

*) Wir beschränken unsere Hinweise auf diejenigen Autoren, die wir unseren Lesern im Laufe des Jahres 1961 noch nicht bekannt gemacht haben.

Der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen wir den diesem Heft beigelegten Prospekt des Ferdinand Enke Verlages.

DIE MITARBEIT

EVANGELISCHE MONATSHEFTE ZUR GESELLSCHAFTSPOLITIK

Wir veröffentlichen in den letzten Monaten u. a.:

- | | |
|---------------------|--|
| Berta Splettstößer: | Der Bildungsauftrag der Berufsschule an der jungen Arbeiterin |
| Wilhelm Claussen: | Über Friedrich Brunstäds gesammelte Aufsätze und kleinere Schriften |
| Samson/Symanowski: | Ausländische Arbeitnehmer in Deutschland |
| Hans Storck: | Technik als Aufgabe |
| Georg Leber: | Der Vorteilsausgleich bleibt auf der Tagesordnung. — Zur Ordnungsfunktion der Gewerkschaften |
| Siegfried Umlandt: | Gesellschaft ohne Alternative? |
| H. Dietzfelbinger: | Mut zur Familie heute |
| Martin Donath: | Familienpolitik nach acht Jahren. — Standortbestimmung der Familienpolitik heute |

In den nächsten Monaten können Sie lesen:

- | | |
|-----------------------------------|--|
| Gerhard Heilfurth: | Die gesellschaftliche Funktion der Sitte |
| Günther Schultz: | Als gäbe es Gott nicht. — Erwägungen zur evangelischen Sozialethik |
| Eberhard Kramer: | Kirchentag 1961 in Berlin |
| Walter Dirks: | Erwägungen zu „Christlich-sozial“ |
| Joachim Matthes und Konrad Stopp: | Betrachtungen zum Thema „Wohlfahrtsstaat“ |
| F.-J. Steinmeyer: | Konzentration in der Wirtschaft — Schlagwort oder Wirklichkeit? |
| Hans Wilhelmi: | Entwicklungshilfe der Bundesrepublik |
| Siegfried Wendt: | Über die Schrift „Sozialpolitik aus evangelischer Verantwortung“ |

KYRIOS

Vierteljahresschrift
für Kirchen- und Geistesgeschichte
Osteuropas

Begründet von Hans Koch · Herausgeber: Professor
D. Peter Meinhold, Kiel · Ständige Mitarbeiter und
Berater: Frau Ruth Koch, München · D. Theodor
Heckel, München · Dr. Oskar Wagner, München.

„Kyrios“ erscheint vierteljährlich im Umfang von etwa 64 Seiten pro Nummer. Bestellungen können bei der Post, bei einer Buchhandlung oder beim Lutherischen Verlagshaus erfolgen. Der Bezugspreis für das Einzelheft beträgt DM 8,—, im Jahresabonnement DM 28,— zuzüglich Zustellgebühren.

Jedes Heft enthält außer einem Aufsatzteil auch eine Chronik, in der Nachrichten aus dem Leben der Ostkirchen, die von ökumenischer oder wissenschaftlicher Bedeutung sind, festgehalten werden. Durch die Darbietung von Dokumenten, soweit diese nicht in den Aufsatzteil gehören, wird der Chronik eine eigene Note gegeben. Außerdem wird regelmäßig die einschlägige Literatur besprochen werden. Eine Zeitschriftenschau wird einen Überblick über die wichtigsten Zeitschriften des In- und Auslandes geben, die sich mit dem Leben der östlichen Kirchen befassen.

Die Herausgabe der Zeitschrift „Kyrios“ bedeutet keinen Neuanfang, sondern ein Wiedererscheinen. Die Zeitschrift, die 1944 ihr Erscheinen einstellen mußte, wurde 1936 durch Professor D. Dr. Hans Koch ins Leben gerufen und hatte schon in den ersten Jahren ein besonderes Ansehen erworben und sich als ein günstiges Forum für die Begegnung der orthodoxen und evangelischen Christenheit erwiesen. Herausgeber und Verlag sind sich bewußt, daß diese Tatsache für sie eine besondere Verpflichtung darstellt, wie sie andererseits der Überzeugung sind, daß die Fortführung der Gespräche mit den morgenländischen Kirchen eines eigenen Organs bedarf. Nicht zuletzt fordert das gesteigerte Interesse für das Leben der morgenländischen Kirchen in Geschichte und Gegenwart ein Wiedererscheinen des „Kyrios“, bzw. stellt sogar eine dringende Notwendigkeit dar.

LUTHERISCHES VERLAGSHAUS · BERLIN